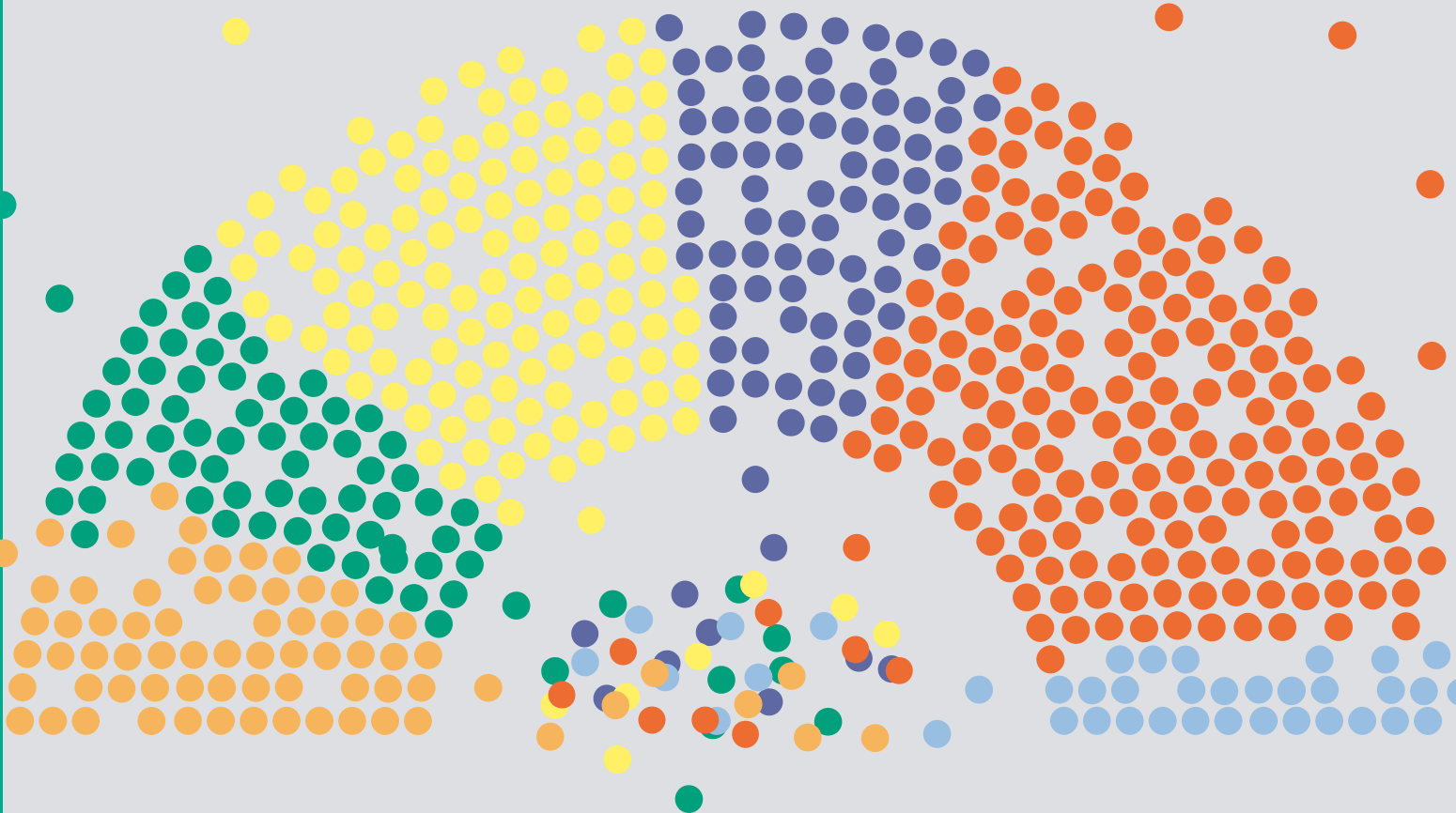


GOOD IMPACT

07
2023

KONSTRUKTIV
UNABHÄNGIG
NACHHALTIG



Deutschland € 8,90
BeNeLux € 8,90
Schweiz CHF 9,80
Österreich € 8,90
goodimpact.eu

07



4 191828 1908909

DEMOKRATIE FEIERN

Was wir jetzt tun müssen, um uns
gegen den Populismus zu verteidigen



Wie geht Dorf im 21. Jahrhundert? Im hessischen Mücke experimentieren Zugezogene und Alteingessene zusammen. Ein Besuch

Text und Fotos: Anja Dilk

Der Bahnhof von Mücke sieht aus wie von der Gegenwart vergessen. Die Balken schnaufen unter der Last der Dachschindeln, das Fachwerk hat Risse bekommen, selbst auf den Graffiti an den Mauern liegt Patina. Ein Güterzug donnert vorbei, stumm eilen die Buchstaben über die Digitalanzeige auf der Plattform neben dem Gleis: Abfahrt Gießen, 19.13 Uhr. Niemand wartet hier, nur der Wind treibt eine Bierflasche am Bahnwärter:innenhäuschen entlang.

Da, plötzlich, geht es los.

Ein Auto rollt auf den Bahnhofs-Parkplatz, Lilian und Mo stemmen Bierkisten aus dem Kofferraum, stellen Flipchart, Tisch und Snackboxen auf. Da eilen auch schon Michael und Bodo herbei, schnappen sich Stühle aus der alten Bahnwärter:innenwohnung. Schnell ist der Sitzkreis aufgestellt, sind Getränke rumgereicht, Händeschütteln, Schulterklopfen, Hallo. Frau Brunn von der CDU-Gemeinderatsfraktion ist da, eine Künstlerin aus Hückersdorf, die leise Dame aus Nieder-Ohmen, die „gern anfasst, wo ihr mich brauchen könnt“; Thomas vom Karnevalsverein, Tänzer Frank, „künstlerisch vernetzt von Brasilien bis Ulrichstein“; ein Gewerkschaftskollege, ein Harley-Fan, vierzehn Leute, jung, alt, ein Baby und ein Hund. „Willkommen“, ruft Lilian. „Wie machen wir jetzt aus dem alten Bahnhof einen lebendigen Treffpunkt für uns alle?“

Nach zwei Stunden ist das Flipchart voll, sind monatliche Treffen beschlossen, Sanierungsstufen besprochen, der Kick-off steht: Kunst am Gleis im Oktober, mit Musiker:innen, Kuchen und Kinderprogramm, später vielleicht Techno, Piano und Sprayaktionen. Zu jeder Idee gesellen sich neue, gibt es Kontakte, Querverbindungen, Einfälle. Ich kenn da wen ... Könnte man nicht ... Da war doch mal ... Es ist wie ein Musikstück, das sich vom leisen Auftakt zum tosenden Crescendo steigert. Ach, auch so geht Dorf?

Irgendwo im Nirgendwo liegt Mücke, eine 9.500-Einwohner:innen-Gemeinde mitten im grünen Hessen. Zwölf Dörfer, ein Bürgermeister, sieben Kitas, drei Schulen, ein Eisladen, ein Rewe, ein Penny, der Grieche Hellas, der Landgasthof Alte Mücke, das Gartencenter Langohr und allerlei mehr. Die Busse fahren, die medizinische Versorgung steht, die Wanderungsbilanz ist positiv. Derzeit ziehen mehr Menschen nach Mücke als weg. Denn es tut sich was im Ort und seinen Teilen. Das Dorf ist im Aufbruch. Und doch zeigen sich hier die Bruchkanten zwischen Stadt und Land, die es in Mücke gibt wie in vielen ländlichen Gemeinden der Republik.

FOTO Florian Krämer (Bauer bei Sprühaktion links)

Lilian Lamadieu packt die leeren Getränkeboxen ins Auto, schnallt Joy in den Babysitz und zieht die Schultern hoch: „Ohne Auto geht's hier nicht.“ Der Weg führt durch eine sanfte Hügellandschaft, saftiges Grün, gelbe Ähren, von Alleen gesäumte Straßen. Rechts hinter dem Kornfeld geht es ab nach Ilsdorf, dem zweitkleinsten der zwölf Mückedörfer. 217 Einwohner:innen, ein knappes Dutzend Straßen, zwei Friedhöfe, Pfadfinder:innenverein, Freiwillige Feuerwehr. Der Name auf dem Wegweiser ist rot durchgestrichen, dahinter Baustelle. Einheimische wissen, dass es trotzdem weitergeht, holprig über einen breiten Schotterweg, die Hauptstraße von Ilsdorf. Nach ein paar hundert Metern rechts das alte Dorfgemeindehaus, links eine Villa Kunterbunt. Rosenranken, wilde Blumen, Feuerstelle, pinke Telefonhörer in den Bäumen, Gemälde an den Hauswänden, Skulpturen und Sofas im Gras. Lilian Lamadius Zuhause.

Vor sieben Jahren ist sie nach Stationen in Argentinien, Kenia und Konstanz hier hergezogen. Die Liebe zur Natur und die Lust auf ein anderes Leben haben sie nach dem Studium, internationale Entwicklungsstudien, gelockt. 2015 kaufte sie mit ihrem Mann Thomas, Fotograf aus dem französischen Avignon, das große Fachwerkhaus. Eine Idylle mit einem Schuss Kommuneflair, die es schon in den 1980er-Jahren hier gegeben hatte. Heute leben mit ihnen ein Pärchen aus Potsdam, ein pensionierter Pianist und seit 2021 ihre Schulfreundin Mo Kryger mit Mann Florian und Kind. Kryger: „Ich hatte genug von meinem Job in der Kölner Univerwaltung.“ Nun schlendert sie mit Spazierstock und Hut durch Felder und Dörfer und macht Podcasts aus Naturgeräuschen und Zaungesprächen mit der Nachbarschaft – „Zu Fuß zuhören“.

Landauf, landab gibt es sie in der Republik: die neue Lust aufs Land. Eine Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung von 2023 hat das gerade dokumentiert.

„Seit etwa fünf Jahren ziehen mehr Menschen aufs Land, als weg“, bilanziert Studienbetreuerin Eva Eichenauer. Vor allem junge Familien, Menschen, die viel im Homeoffice arbeiten können, oder junge Rückkehrende nach Ausbildung oder Studium zieht es aufs Dorf. Wohnraum ist billiger, ein Hauskauf oft noch realistisch, die Bilder vom Leben und Aufwachsen im Grünen, von Freiräumen und entspanntem Landdasein verfangen. Zwar gleichen Zuzug und Geburten die hohen Sterberaten der überalterten Landbevölkerung laut Eichenauer nicht aus. Doch der Wanderungstrend zeigt, was sich nach Einschätzung von Landforscherin Annett

Steinführer vom Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen in Braunschweig schon seit knapp zehn Jahren andeutet: „Das Land wird nicht mehr als ‚Restraum‘ beschrieben, sondern als Sehnsuchtsraum beschworen – wieder einmal.“

Denn die Wanderungen zwischen Stadt und Land gleichen einer Pendelbewegung. In den 1960er/70er-Jahren trieben Wohlstand, wachsende Mobilität und der Traum vom Eigenheim die Menschen immer weiter raus in die grünen Regionen rund um die Städte. In den späten 1980ern legten die Städte wieder zu, vor allem wegen internationaler Zuwanderung. Nach der Wende war günstiger Wohnraum auf dem Dorf gefragt, egal ob Haus oder Mehrfamilien-siedlung, es folgte ein Trend zur Stadt in den 2000ern und die neue Landlust heute.

Dabei gibt es nicht mal klare Kriterien: Wo hört das Land auf, wo fängt es an. Oder wie Siedlungssoziolog:innen sagen: „die ländlichen Räume“. In seinem Landatlas definiert sie das Thünen-Institut unter anderem anhand von Siedlungsdichte, land- und fortwirtschaftlicher Fläche und Entfernung zu Zentren. Etwa 57 Prozent der Menschen in Deutschland leben demnach auf dem Land. „Aber letztlich sind diese Kriterien nur einige von vielen möglichen“, so Steinführer. „Aus wissenschaftlicher Sicht verschwimmen Stadt und Land längst.“ Lebensstile, Berufe, soziokulturelle Merkmale gleichen sich an. Was die Wissenschaftlerin überrascht: „Unsere Studien zeigen, wie phänomenal wichtig trotzdem die Gegenüberstellung Stadt-Land für die Menschen bleibt“.

So gefragt sie jetzt auch sind, viele kleine Gemeinden haben nach wie vor mit altbekannten Problemen zu kämpfen: Der öffentliche Nahverkehr ist oft schwach, Treffpunkte fehlen, Kneipen und Gemeindehäuser schließen, der Dorfladen wird vom Supermarkt im Gewerbegebiet verdrängt,

Vereine finden nur schwer Nachwuchs. Das Miteinander bröseln. Bei ihrer Feldforschung hört Soziologin Eichenauer vom Berlin-Institut oft: „Das liegt an den Zugezogenen, die grüßen nicht mal“, erzählt Eichenauer. „Dabei spiegelt sich auf dem Land nur ein Wandel, den es überall gibt.“ Mehr Fragmentierung, mehr projektbezogenes Engagement statt anpacken im Verein etwa.

Bundesweit versuchen daher Länderprogramme und Stiftungen das Miteinander zu beleben. In Hessen etwa gibt es unkompliziert kleine Finanzspritzen für Einzelprojekte, über das Programm „Alter Treffpunkt – neuer Anstrich“ ein Coaching für Erzählcafés, Pop-up-Cafés oder Kulturzentren in ehemaligen Kühlhäusern, Postgebäuden, Kirchen und alten Dorfgemeinschaftshäusern. Wie in Ilsdorf.

Sich ins Dorfleben stürzen? Ach nein. Zu unterschiedlich schienen Lilian und Thomas Lamadiou die Lebenswelten, zu sehr waren die Dorfneulinge mit dem Neustart beschäftigt. Doch als die Kinder kamen, heute sind es drei, entschied das Paar: „Wir wollen Teil dieser Welt sein.“ Die Lamadiou meldeten den Nachwuchs in der Dorfkita an, besuchten Laternen- und Feuerwehreffeste. Und fragten sich: Wie können wir mitgestalten? Da entdeckten sie den Schatz des Gustav Magel.

Donnerstagsmorgen, Kaffeeduft zieht durch das Untergeschoss der Villa Kunterbunt. Thomas Lamadiou, Werner aus Klein-Eichen und Karl aus Bobenhausen II beugen sich über die letzten drei Kisten aus der Schatzkammer: Glasplatten mit Foto-Negativen – Ilsdorf um 1900. Karl hebt Platte für Platte heraus, viele hat die Zeit miteinander verklebt wie vakuumverpackt. Vorsichtig setzt Werner ein Teppichmesser an. Das Metall knirscht auf dem Glas, die Platten springen auseinander. „Gibt’s ja nicht, das ist ja die alte Schule“, ruft Karl.

950 Kisten mit Negativen haben die Männer in einer halb zugemauerten Kellernische des Hauses gegenüber entdeckt. Eine kleine Inschrift am Hauseingang hatte Thomas Lamadiou stutzen lassen: Gustav Magel, Fotograf. Ach, ein Kollege, ein Dorffotograf vielleicht? Lamadiou nahm Kontakt mit den Besitzer:innen des Hauses auf, fand das vergessene Foto-Archiv von Gustav Magel und dessen Vater Heinrich, holte später Karl und Werner dazu. Monatlang haben sie Negative digitalisiert, hat Werner die Dörfer der Gemeinde abgeklappert. Kennt ihr jemanden auf dem Foto, die Geschäfte, was hat sich geändert? Werner: „Die Leute haben in Familienalben nach Hinweisen gesucht, Urgroßeltern angerufen, sich umgehört.“ Ach, in diesem Ortsteil



„Wir wollen Teil dieser Welt sein“

— Das Team der Initiative Neue Räume Ilsdorf: Florian Krämer und Mo Kryger, Lilian, Joy und Thomas Lamadiou (von links), Hund Malina

Der Schatz des Gustav Magel: 2021 entdeckt Thomas Lamadieu im Haus gegenüber über 950 Kisten mit Glasplatten – die Negative eines alten Dorfphotografen (li. und unten re.). Mit Freunden aus dem Ort sortiert und digitalisiert er die Fotos, recherchiert die Motive. Eine Open-Air-Ausstellung im Dorf (oben re.) zeigt, moderner ergänzt mit Illustrationen, Ilsdorf vor 100 Jahren



wurde mal Erz abgebaut. Schau, hier war der Laden vom Metzger. Guck mal, da gab es einen Fußballverein. Karl:

„Die Fotos haben die Sicht auf unsere Heimat geändert, wir sind näher zusammengerückt.“

Schließlich hängt eine Auswahl der Fotos, künstlerisch von Thomas Lamadieu mit Skyart-Illustrationen ergänzt und groß wie Scheunentore, an den Hauswänden von Ilsdorf. Eine riesige Open-Air-Galerie. Das alte Dorfgemeindehaus wird wieder eröffnet, zur Vernissage gibt es Kaffee, Kuchen und ein Erzählcafé mit Zeitzeug:innen. Und alle aus dem Dorf kommen. Die alte Frau Erni, der Ortsvorsteher und der Mann von der Freiwilligen Feuerwehr, der Schweinelandwirt hinter dem Fluss und die Familien aus der Neubausiedlung. Im Anschluss startet eine Ideenwerkstatt: Was wünscht ihr euch noch für unser Dorf? „Neue Räume Ilsdorf“, nennen die Lamadieus und ihre Mitstreiter:innen ihre Initiative, die hessische Landesregierung stellt dem Team ein Jahr lang einen Projektcoach zur Seite: Wie wird aus Ideen Realität, wie kommt man an Fördertöpfe? Das stärkt ihr Standing im Dorf und macht sie zu Profis der Förderlandschaft. „Davon zehren wir heute noch“, sagt Lilian Lamadieu.

In Mücke-Nieder-Ohmen döst das Rathaus der Mittagszeit entgegen. Die Rosenrabatten wippen in der Sonne. Hinter den Fenstern im 80er-Jahre-Bau – Filzboden, Werbrobüchsenregal, Krankenkassenschick – grübelt Bürgermeister Andreas Sommer über der neuen Feldpflegewegegerichtlinie. Naturschutz ist für den Ex-Förster Top-Thema, „Natur ist ja unser Kapital auf dem Dorf“. Zweites Top-Thema: die Gemeinschaft stärken. „Die jungen Leute der Initiative Neue Räume Ilsdorf sind ein Geschenk für uns“, sagt Sommer, „eine Steilvorlage.“ Er fördert sie, wo immer möglich, egal ob beim Bahnprojekts oder der Sanierung des Dorfgemeindehauses. Natürlich, es gibt auch andere Engagierte, von Freiwilliger Feuerwehr bis zu den Traditionsvereinen. Aber alle mit Elan an einen Tisch zu bringen, gelingt mit Blick von außen leichter. „Leider fehlt bei uns oft dieses Wir“, sagt Sommer und seufzt ein bisschen. In seiner Montagssprechstunde höre er vor allem Klagen von den Ichs: „Herr Bürgermeister, da ist ein Schlagloch vor meinem Haus, das muss weg.“

Andreas Sommer, Anfang 50, liebt das Dorf. Die Felder, die Wälder, das Miteinander – wenn es denn gelingt. Er pflegt Bürger:innennähe. Hat die offene Sprechstunde eingeführt, seine Handynummer online gestellt, informiert über Instagram und Facebook über Gemeindeforum.

Ausbau von Radwegen, öffentliche Linientaxen, Sanierung der alten Backhäuser, Kitabetreuung auf Stundenbasis. Sommer ist parteilos, wie rund 200 andere Bürgermeister:innen im ländlichen Hessen. „Das ist Trend auf dem Land.“ Bürger:innen wünschen, vermutet Sommer, Persönlichkeiten, die für konkrete Themen stehen, nicht „parteiliches Geplänkel“. Im Gemeinderat spiegelt sich die Abkehr von den etablierten Parteien wider: Fast 30 Prozent der Abgeordneten gehören zu den „Mücker Bürgern“, einer lokalen Bürgerbewegung. „Parteilos zu sein, ist ein Vorteil“, sagt Sommer. Er kann Menschen so leichter für eine Entscheidung zusammenholen, wie neulich für die Flussrenaturierung im Ort. „Das A und O sind separate Vorgespräche: Zuhören und Kompromisse suchen.“

Lilian Lamadieu macht im Grunde nichts anderes. Zuhören, Gemeinsamkeiten finden, Menschen zusammenbringen – und sich dabei nicht als Checker aus der Stadt gerieren. „Das Wichtigste ist Respekt.“ Das Weihnachtssingen ist ebenso wichtig wie Graffiti-Sprühen, die Würstchen verdienen ihren Platz beim Backhausfest genauso wie die Veggie-Patties. „Und letztlich wünschen sich die meisten einfach kleine Dinge, die den Alltag schöner machen.“ Tauschbörsen und Kuchennachmittage, Tanzkurse und Fußballerevents. „Wenn man daran anknüpft, ist ganz viel möglich.“

Zum Beispiel die Zusammenarbeit mit engagierten Jungen wie Jonas Naumann, hellblonde Haare, 4-Tage-Bart, BWL-Student.

Es ist ruhig im „Fairkaufsladen“ nicht weit vom Rathaus entfernt. Die einzige Kundin lässt Bohnen aus den Kunststoffröhren in ihre Box klackern. Seit zwei Jahren gibt es den Unverpackt-Store im ehemaligen Nahkauf. „Der Verein war eine Idee am Abendbrotstisch“, erzählt der 25-Jährige. Drei Jugendliche verzweifeln ob der Klimakrise, ein Vater, der irgendwann sagt: „Dann lasst uns doch was tun.“ Fünf Jahre später hat der „Klimafairein“ 800 Mitglieder, macht Baumpflanzaktionen, Umweltbildung in Schulen und Kitas, fährt mit einem „Fairkaufswagen“ über Land und hat mit dem Unverpacktladen einen neuen Treffpunkt im Ort geschaffen. Einmal im Monat ist Feierabendmarkt mit Musik, regelmäßig tagt der Ehrenamtstammtisch der Rentner:innen, samstags trinkt die Damensportgruppe nach ihrem Lauf ein Kännchen, man kommt generationenübergreifend ins Gespräch – Auto oder Umweltschutz, Biomarktpreise oder Supermarktschnäppchen –, „nicht immer leicht, aber wichtig“, sagt Naumann, „und wenn ich für eine Aktion Hände brauche, die anpacken, melden sich sofort vierzig Leute in der Whatsapp-Gruppe – wo gibt’s das in der Stadt?“

DAS DING DER NACHTZUG

... und nützes Wissen dazu

1852

beginnt die Geschichte der Nachtzüge in Preußen. Die Bahngesellschaften wurden gesetzlich dazu verpflichtet, Nachtzüge einzusetzen. Zunächst gab es nur Sitzwagen. Die ersten Schlafwagen fuhren 1873 zwischen Ostende (Belgien) und Köln. 1883 brach der Orient-Express erstmals von Paris nach Istanbul auf.

GEBURTSTAG

7 %

STEUERN

Mehrwertsteuer müssen Fernreisende im Zug für ihr Ticket zahlen, bis 2020 lag der Mehrwertsteuersatz bei 19 %. Internationale Flüge ab Deutschland sind von der Mehrwertsteuer befreit.

6.500

Nachtzüge fahren 2022 durch Deutschland.

ANZAHL

27 g

Treibhausgase wurden 2019 pro Person und Kilometer (km) bei einer Zugfernreise ausgestoßen. Zum Vergleich: Bei Inlandsflügen fallen 271 Gramm pro Person und km an (Stand 2021).

KLIMA



X

Nachtzugganbieter gibt es in der EU. Niemand kennt die Zahl, es existiert auch keine gemeinsame Plattform. Die Tickets müssen Reisende sich mühsam beim jeweiligen Unternehmen sichern. Angebote findet man z. B. bei European Sleeper (NL), SNCF (FR), Urlaubs-Express (DE), ItaliaRail (IT), SJ Night und Snälltåget (SE), Nightjet (AT), RegioJet und ÖD Night (CZ) sowie den Staatsbahnen Ungarns, Kroatiens, Polens und der Slowakei.

EUROPA

REKORD

3.300 km

fuhr bis 2020 ein Nachtzug der russischen Staatsbahn – von Moskau nach Nizza.

ÖSTERREICH

DEUTSCHLAND

2016

stellte die Deutsche Bahn (DB) ihre letzten elf Nachtzugstrecken ein. Angesichts der Konkurrenz von Schnellzügen, Fernbussen und Billigfliegern sei der Betrieb nicht mehr rentabel. Die ÖBB kauften der DB fast alle Schlaf- und Liegewagen ab.

800 Mio. €

haben die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) seit 2016 in Nachtzüge investiert. 1,5 Millionen Reisende werden pro Jahr in mehr als 25 europäische Städte transportiert. Bis 2030 will das Unternehmen die Fahrgastzahl verdoppeln.



Zum Beispiel die Kooperation mit engagierten Alteingesessenen wie Erich Krämer von der Freiwilligen Feuerwehr Mücke-Ilsdorf.

„Hallo, willkommen“, ruft Krämer und grinst wie einer, der weiß: Klar, einen Erich Krämer, das wäre ja gelogen, hat man sich nicht so vorgestellt. Klein, zierlich, schwarze Haare, dunkle Haut. „Die Mutter ist Philippina, der Vater Saarländer und meine Geschwister heißen Hans, Ralf oder Margot.“ Krämer, hauptberuflich im Haus- und Gartenservice tätig, hängt sich nebenberuflich als stellvertretender Ortsvorsteher und bei der Freiwilligen Feuerwehr rein. Stolz führt er zum roten Einsatzwagen in der Garage, zeigt die Spinde mit Anzug, Helm und Stiefeln. Einmal im Monat sind Übungen, der letzte Einsatz war ein brennendes Traföhäuschen. Tischtennisballgroße Hagelkörner tanzen über den Asphalt vor der Garage. Krämer wiegt den Kopf. „Puh, wir haben heute bestimmt noch einen Einsatz.“

Im alten Kühlhaus, wo einst Käse, Wurst und Milch fürs Dorf gelagert wurden, ist jetzt das Vereinsheim. Lange Tafel, Bar, Bühne, die Luftschlangen vom letzten Fest kräuseln sich an den Lampen. An der Schnittstelle zwischen Feuerwehr und Ortsvorstand ist Krämer eine Drehscheibe für soziales Miteinander, jedenfalls im Ortsteil Ilsdorf. Runde Geburtstage werden im Vereinsheim ausgerichtet, Vaterstagspaizergänge organisiert, regelmäßig lädt die Feuerwehr zum Backhausfest mit Schmirgelkuchen, Pizza und Würstchen. Krämers Frau gratuliert jungen Dorfmüttern mit Geschenken für Neugeborene, Krämer selbst kümmert sich um die Jugendfeuerwehr, die gerade mehr Zulauf bekommt.

Anfangs sei er etwas skeptisch gewesen mit der Initiative der Zugezogenen. Was macht das mit uns? Dann habe er gemerkt, „dass die Jungen sich integrieren wollen. Und solche Menschen nehmen wir gerne auf, mit all ihren Wünschen, Vielfalt, vegetarisch und so“. Heute sagt Krämer: Das Fotofest, die Belebung des alten Dorfgemeinschaftshauses, der Ideenworkshop – das habe richtig Wumms ins Dorf gebracht, nach Ilsdorf, nach ganz Mücke. Konkurrenz für ihn als Ortsvorsteher? „Ach was, ist doch super, wenn’s klappt.“

Nur die Alten dürfe man nicht vergessen, die Jagdgenossenschaft und die Landwirt:innen. „Beim Kulturprojekt am Bahnhof Mücke habe ich da noch ein bisschen Zweifel.“

Keine zweihundert Meter von Krämer entfernt, gleich hinter dem Ilsbach, zuckt Schweineheld Julian Olbricht gelassen mit den Schultern. „Ich find’s schön, dass unsere ollen Güllesilos jetzt bunt angesprüht werden.“ Auch das hatten sich die Bewohner:innen bei der Ideenwerkstatt gewünscht. Eine Unser-Dorf-soll-schöner-werden-Aktion, auch als Wertschätzung für die Bauern und Bäuerinnen.

Mittzwanziger Olbricht hat den Schweinemasthof vom Vater übernommen, 1.400 Schweine in konventionellem Betrieb. Das beißende Ammoniak in den Stallungen riecht er längst nicht mehr. Opa und Vater wollten vielleicht auf Bio umstellen, der Sohn hat Nein gesagt. „Wie soll das gehen, schon fürs Futter, wenn dann der Schädling aufs Feld kommt?“ Olbricht ist einer, der nicht viel spricht oder vielleicht nur, wenn er wirklich etwas zu sagen hat. „Das Leben ist angenehm hier, man sagt hallo und kennt sich.“ Die Schweine, die Sitzbank, die Gartenhütte hinterm Hof für Gespräche mit den Nachbar:innen. Was will man mehr?

Am Abend knistert das Feuer vor der Villa Kunterbunt. Lilian Lamadieu, Thomas, Mo und Florian sitzen auf alten Stühlen um das Licht. Sicher, manchmal fehlt das Wilde der Anfangszeit, ohne Kinder, als sie noch unter sich waren. „Doch wichtiger ist das Gefühl, zu Hause angekommen zu sein“, sagt Lilian. „Es gibt freundliche Blicke, wir sind Teil der Gemeinschaft.“ Ja, dass viele hier mit der AfD sympathisieren (später, bei den Landtagswahlen im Oktober, wählt sie fast jede:r Vierte), macht ihnen Sorge. „Aber urteilen hilft nicht, über den Alltag ins Gespräch kommen ist unser Weg.“

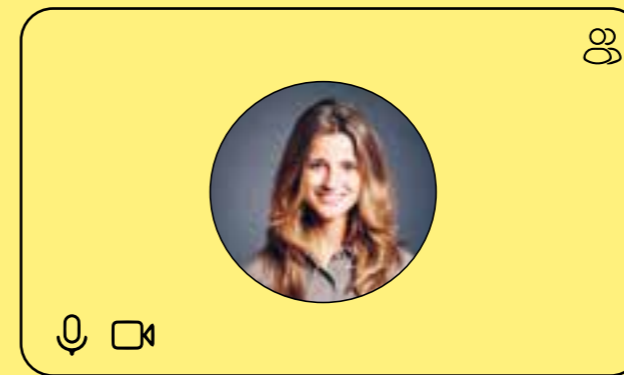
Ende des Jahres wird die Bahnhofssanierung abgeschlossen sein, für alles Weitere sind Fördermittel beschafft. „Wir haben noch viele Ideen“, sagt Lilian. „Überall sind Baustellen, auf den Straßen, in den Köpfen“, sagt Mo. „Man wird ständig überrascht, fast mehr als in der Stadt.“ Und das ist erst der Anfang. ●

„DEMO- KRATIE IST EIN ENDLOS- PROJEKT“

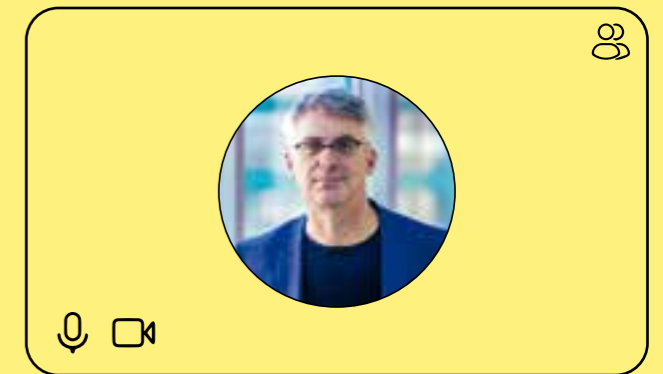
Interview: Anja Dilk

Viele Menschen fühlen sich nicht mehr ausreichend vertreten – in Europa, in Deutschland. Wie lässt sich das ändern?

Schwerpunkt
GOOD IMPACT



PAULINA FRÖHLICH, stellvertretende Geschäftsführerin des Berliner Polit-Thinktanks Das Progressive Zentrum, entwickelt Konzepte für eine innovative, wehrhafte Demokratie. Alle zwei Jahre holt sie Vordenker:innen zum „Innocracy“-Kongress zusammen, wie Ende November in Berlin. Thema diesmal: Demokratiep politik in der Klimakrise. innocracy.org



JÜRGEN NEYER, Professor für Europäische und Internationale Politik an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, forscht zu Demokratien in Europa. 2023 erschien sein Buch *Europa im Unfrieden: Soziale Konflikte und politische Umwälzungen in der europäischen Geschichte und Gegenwart* im Transcript Verlag.

Klimakrise, Kriege, Rechtsruck – die Demokratien in Europa sind unter Druck. Rechtspopulistische Parteien gewinnen überall an Bedeutung, in Ländern wie Ungarn oder Italien stellen sie die Regierung. Auch die Konflikte innerhalb der Gesellschaften nehmen zu. Was ist da los?

Jürgen Neyer: Europa steht vor einer Reihe grundlegender politischer Entscheidungen: Wie soll die Migrationspolitik aussehen, wie lässt sich die Aufnahme von Geflüchteten gerechter verteilen? Da gibt es gewaltige Widerstände von Staaten wie Ungarn oder Polen. Auch der Krieg in der Ukraine stellt vieles in Frage. Wenn Deutschland den Rüstungsetat massiv nach oben fährt, wird es langfristig militärisch eine größere Rolle spielen müssen ...

... ein Novum seit dem Zweiten Weltkrieg ...

Neyer: ... ja, und es ist völlig unklar, wie das politisch auszubalancieren ist. Doch letztlich geht es nicht um die Inhalte, sondern wir stehen heute mit einer Vehemenz wie lange nicht mehr vor der Grundsatzfrage: In was für einer Gesellschaft wollen wir leben? Soll es eine offene pluralistische Gesellschaft sein oder empfinden wir das als zu bedrohlich? Es geht um die Seele unserer Demokratien.

Sind unsere Demokratien in Gefahr?

Neyer: Das weiß man immer erst nachher. Die Demokratie ist eine Herrschaftsform, die davon abhängt, dass die Bürger:innen sie als legitim betrachten. Und diese Legitimität ist heute umstrittener, als sie es in früheren Dekaden war. Es gibt derzeit fundamentale Probleme mit der Demokratie, auf die wir bisher noch keine Antworten gefunden haben.

Zum Beispiel?

Neyer: Klimakrise. Wie können wir die Interessen der zukünftigen Generationen angemessen in unseren politischen Prozessen vertreten? Ich habe selbst vier Kinder, wo sind die repräsentiert? Habe ich fünf Stimmen deswegen? Nein. Und selbst wenn: Wie soll die Politik langfristige Entwicklungen gut steuern, wenn sie nur kurzfristig auf vier, fünf Jahre gewählt ist? Zudem entscheiden Demokratien national, aber ihre Entscheidungen haben genauso Folgen für die Bürger:innen der Nachbarländer ...

Egal ob es um Kohlekraft geht oder um Migrationspolitik ...

Neyer: ... ja, und solche „externen Effekte“, wie wir das in der Politikwissenschaft nennen, müssten wir dringend systematisch in die politischen Prozesse einbeziehen. Die Europäische Union ist ein Versuch. Sie schafft ja einen Raum, in dem die Mitgliedstaaten wechselseitig Pflichten eingehen müssen. Aber leider gleicht sie einem Fahrrad mit Platten: nur bedingt einsatzfähig. Sie ist nicht demokratisch genug und steckt viele Staaten finanzpolitisch in eine Zwangsjacke – ohne gleichzeitig für soziale Umverteilung sorgen zu können. Trotzdem brauchen wir dieses platte Fahrrad, weil der Nationalstaat nicht mehr ausreichend greift.

Wo liegt das Problem?

Neyer: Die EU ist so gestrickt, dass alle Entscheidungen möglichst niemanden schlechter stellen sollen. Wie soll das gehen, wenn man zum Beispiel sozialen Ausgleich herstellen will, der so nötig ist für die Befriedung der Gesellschaften? Natürlich muss man irgendjemandem etwas wegnehmen, damit man es anderen geben kann. Zwar kann die EU im Einzelfall beschließen, einen Staat mit zusätzlichen Mitteln zu unterstützen, wie es beim Rettungsschirm der Fall war. Aber grundsätzlich kann sie nicht umverteilen, also etwa ähnliche Rentenhöhen festlegen oder ein einheitliches Bürgergeld. Sozialpolitik ist Sache der Mitgliedstaaten. Und in den meisten zentralen Fragen

können Entscheidungen nur einstimmig oder mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden. Das ist dramatisch, weil sich die politischen und ökonomischen Systeme der Mitgliedstaaten gleichzeitig immer stärker miteinander verweben. Deshalb sind die multiplen Krisen jetzt so schwer zu lösen und führen zu viel Unmut bei den Bürger:innen.

Daher auch der Rechtsruck in unseren Gesellschaften?

Neyer: Der Rechtsruck ist massiv, ja. Das haben wir gerade bei den Wahlen in den Niederlanden gesehen, wo Rechtspopulist Geert Wilders stärkste Kraft wurde. Aber ich bin skeptisch, ob das wirklich ein Rechtsruck ist, in dem es nur um parteipolitische Inhalte geht. Dahinter steht eher der wachsende Frust über die Versprechungen der pluralistischen Gesellschaft: dass alle gehört werden, alle mitgestalten können, alles möglich ist. Immer mehr Menschen halten dieses Versprechen für unglaublich, von Schweden bis Italien, von Frankreich bis Deutschland. Sie sind sauer: Was ist das für ein blödes System, das gar keine inhaltlichen Alternativen mehr anbietet? Die etablierten Parteien stehen ja alle mehr oder weniger für das liberale europapolitische Projekt. Auch die Partei von Sahra Wagenknecht kann daher bequem von den rechten und linken Rändern fischen.

Frau Fröhlich, Sie beschäftigen sich gerade mit der Demokratie in der Klimakrise. Drohen unsere Demokratien daran zu scheitern?

Paulina Fröhlich: Ja, die Gefahr besteht. Ich sehe vier Spannungsfelder zwischen Demokratie und Klima. Generation (mangelnder Einfluss der am meisten Betroffenen) und Gebiet (national versus global) haben Sie schon angesprochen, Herr Neyer. Das dritte Spannungsfeld ist die Gesellschaft selbst. Die Klimakrise berührt alle gesellschaftlichen Bereiche, liberale Demokratien aber unterscheiden zwischen öffentlichem und privatem Feld. Eigentum steht unter Schutz, Eingriffe bedürfen einer besonderen Legitimation. Aber ohne wird es kaum gehen. Schließlich die Geschwindigkeit. Demokratische Prozesse dauern bisweilen lange, weil sie unterschiedliche Interessen berücksichtigen, Kontrollen, Klagen und Widerspruch beinhalten. Diese Spannungsfelder müssen mit klugen Instrumenten entspannt werden. Indem sich etwa „Gruppen der Willigen“ grenzüberschreitend zusammenschließen und handeln, statt sich von Blockierer:innen bremsen zu lassen. Zum Beispiel für gemeinsame Klimaschutzauflagen.

15:45

< Notizen



To-dos

- mehr Experimente
- Jugendbeiräte in allen Ministerien
- wählen ab 16
- Demokratiepolitik als eigenes Ressort



Sind Demokratien dann überhaupt in der Lage, die Klimakrise unter Zeitdruck zu bewältigen?

Fröhlich: Sie sind das beste Format überhaupt, um große Krisen anzugehen. Gerade weil die Demokratie die einzige Staatsform ist, die unterschiedliche Bedürfnisse so gut wie irgend möglich einpreist. Würde über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden und gehandelt, ginge es vielleicht schnell, jedoch wäre das Ergebnis kein nachhaltiges. Früher oder später würde der Unmut der Übergangenen die Politik torpedieren. Das heißt aber nicht, dass unsere Demokratie in idealer Verfassung wäre, um der Klimakrise zu trotzen. Geschwindigkeit muss zum Beispiel her, aber nicht überall. Schnellere Verwaltungsakte, mehr Zeit für Beteiligung.

Nach einer Studie der Uni Bielefeld ist innerhalb von zwei Jahren das Vertrauen in die Demokratie von 60 auf 30 Prozent zurückgegangen. 8 Prozent haben ein rechtsextrêmes Weltbild, mehr als doppelt so viele wie 2021.

Neyer: Der Zuspruch für extreme Parteien ist in der Tat drastisch gestiegen. Gleichzeitig wandern inhaltliche Positionen, die ursprünglich mal am linken und rechten Rand des politischen Spektrums zu finden waren, in die Mitte. Was heute von SPD und Grünen in der Migrationspolitik gesagt wird, hätte man vor 20 Jahren nicht mal bei der CDU für möglich gehalten. Bearbeitungszentren für Asylanträge vor den europäischen Grenzen einrichten zum Beispiel. Was passiert hier eigentlich? Das Verständnis

von Demokratie selbst ist im Wandel: Muss ein liberaler Pluralismus wirklich integraler Bestandteil der Demokratie sein oder können wir uns auch eine illiberale Demokratie vorstellen? Ähnlich wie Ungarn. Das sagt ja nicht: Wir sind keine Demokratie. Es will eine andere, eine illiberale Demokratie, in der entscheidet, wer die Mehrheit bekommt. Punkt. Minderheitenrechte, Grundwerte? Zweitrangig.

Fröhlich: Wenn ich anfangs, in meinem Land jedes Korrektiv zu kippen, Justiz, Presse, Zivilgesellschaft, verdiene ich das Prädikat Demokratie nicht mehr.

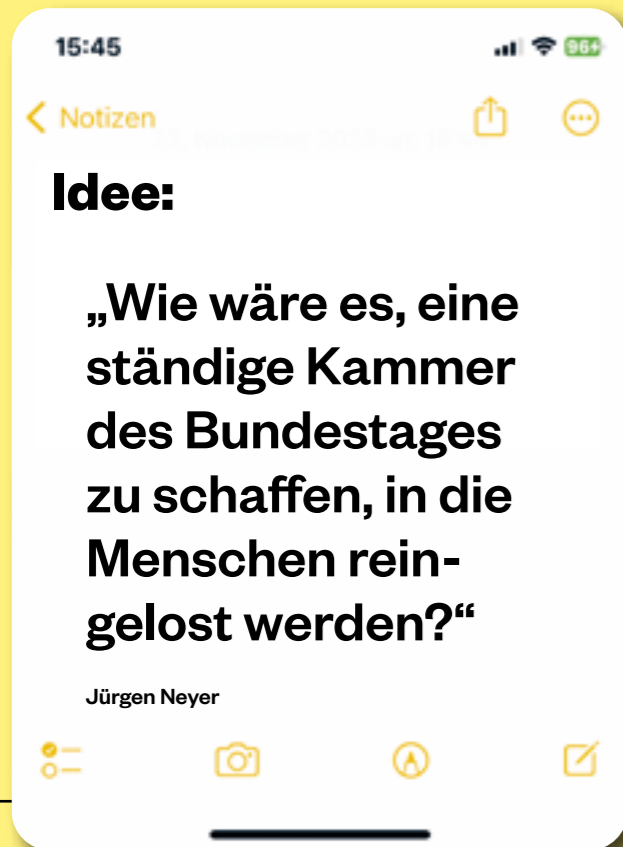
Neyer: Klar, da bin ich bei Ihnen. Natürlich sind Freiheit, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit hohe Werte, die verteidigt werden müssen. Für viele ist das Voraussetzung für jeden demokratischen Prozess. Aber natürlich werden auch Menschenrechte verhandelt, interpretiert, sind historisch im Wandel. Wir stehen gerade vor einer Zäsur, weil wir plötzlich eine neue Systemalternative debattieren. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verkündete der Historiker Francis Fukuyama das Ende der Geschichte ...

... also keine Alternative mehr zur liberalen Demokratie ...

Neyer: ... weil sich in ihr das größtmögliche Maß an wechselseitiger Anerkennung von Menschen realisieren lässt. Jetzt ist die Hegemonie des liberalen Systems vorbei. Die neue Alternative heißt: Autoritarismus. Eine ganze Reihe von Menschen sagt: Ja, so schlecht ist das nicht. Baut denn China nicht viel schneller Flughäfen? Geht es den Leuten da wirtschaftlich nicht auch ganz gut? Noch ist der Autoritarismus nicht mehrheitsfähig, aber wie lange noch, wenn wir uns Sachsen und Thüringen anschauen mit 30 Prozent für die AfD? Das verändert unseren Umgang mit Politik. Wir schaffen es nicht, uns darum zu kümmern, die offene, freie Gesellschaft weiter zu verbessern, sondern sind mit Abwehr beschäftigt.

Dabei unterscheiden sich die Einstellungen der Menschen in vielen Grundfragen keineswegs – von der Ehe für alle bis zum Wunsch nach mehr Einkommensgleichheit (s. Seite 67). Das zeigt eine Studie des Berliner Soziologen Steffen Mau. Wieso reden trotzdem alle ständig von einer Spaltung der Gesellschaft?

Fröhlich: Weil diese These medial wunderbar funktioniert. Außerdem führen die von Mau und Kollegen benannten „Triggerpunkte“ – also Aufregerthemen wie Gendersprache und/oder Verbote für den Klimaschutz – auch dazu, dass sich die Gesellschaft gespalten anfühlt, als sie eigentlich ist. Gemeinsamkeiten geraten aus dem Blick. Oft stellen wir auch schiefe Analogien zu Ländern wie



den USA her, in denen die Gesellschaft tatsächlich gespalten ist.

Und schlussfolgern: Ach guck, bei uns ist es doch genauso?

Fröhlich: Ja. Umso wichtiger ist es, diese schiefen Bilder zurechtzurücken. Maus Studie belegt ja durchaus eine Spannung in der Gesellschaft. Unsere eher fragmentierte als gesplante Gesellschaft hat extreme Ränder, die sich besonders laut artikulieren können. Das allein ist ja genug Belastung. Da müssen wir nicht eine große Spaltung herbeireden. Die Rolle der Medien halte ich hier für hochproblematisch. Sie müssen weg von der Bad-news-are-good-news-Logik und konstruktiver berichten, auch die Öffentlich-Rechtlichen. Eine konstruktive Berichterstattung, die die Politik kritisch, aber konstruktiv abklopft, muss ins Millionenpublikum, in die Talkshows.

Neyer: Auch durch die mediale Verzerrung sind die Erwartungen an die Demokratie erheblich gestiegen. Als wäre sie ein perfekt funktionierendes Regime, mit perfekten Politiker:innen. Aber die sind nicht besser als wir, sie machen Fehler. Das wird von vielen Menschen immer weniger toleriert. Natürlich gibt es auch Probleme in den Strukturen unserer Demokratie, zu viel Lobbyismus von starken Wirtschaftsunternehmen etwa, zu wenig Transparenz in Entscheidungen. Demokratie ist eben ein

Endlosprojekt, eine Idee, auf die wir permanent hinarbeiten. Deshalb sind die schärfsten Kritiker:innen der Demokratie ihre besten Freund:innen.

Wie also machen wir die Demokratie besser?

Fröhlich: Indem wir sie als Zumutung begreifen wie es der Autor Felix Heidenreich nennt. Seine Argumentation: Wir haben die Demokratie zu lange als Recht und Serviceangebot behandelt. Und wenn sie nicht nach unseren Vorstellungen liefert, sind wir sauer. Dabei gehört die Zumutung dazu, die Pflicht, sich erstens mit der Demokratie und der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Und zweitens, sich für sie einzusetzen, und sei es nur im ganz Kleinen. Es ist so wichtig zu kapieren: Demokratie gibt es nur mit Demokrat:innen. Institutionen und Gesetze allein werden die Demokratie niemals sichern können. Kurz gesagt: Eine Demokratie, die lernt, wird besser. Zum Lernen und Ausbessern braucht sie engagierte, fähige und selbstkritische Demokrat:innen.

Der Politik-Podcaster Ben Tallis nennt das den Wechsel von einer Konsument:innen- zu einer Produzent:innen-Demokratie. Aber wie stellen wir das an?

Neyer: Wir müssen wieder Experimentierfreudigkeit in die Demokratie einbauen. Wie wäre es, eine neue ständige Kammer des Bundestages zu schaffen, in die Menschen reingelöst werden? Für sechs oder zwölf Monate vielleicht. Die Kammer kann sich ihre Themen selbst setzen und wird so zur konstruktiven Dauer-Irritation im etablierten Politikzirkus. Stellt Fragen, die sonst niemand stellt und kann den Bundestag dazu verpflichten, sich mit einem Thema zu beschäftigen, das sie für wichtig hält.

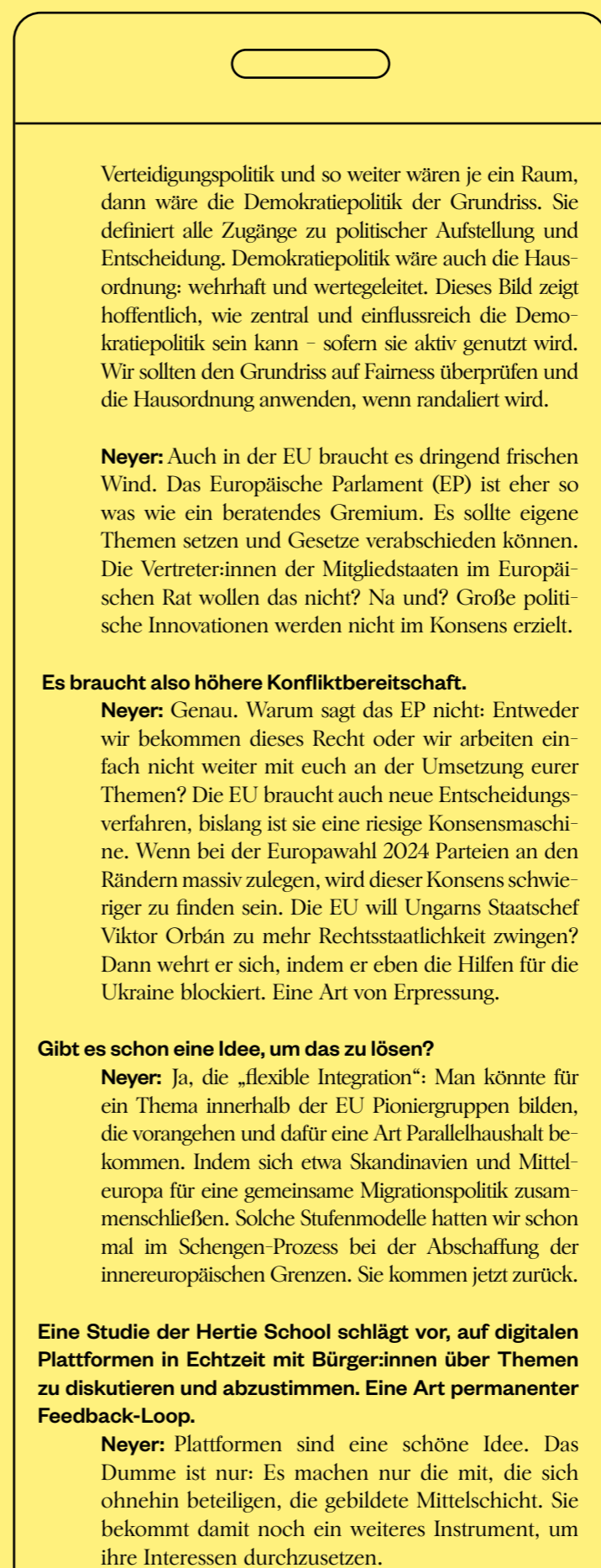
Fröhlich: Ich bin dafür, Demokratiepoltik als eigenes Politikfeld zu etablieren mit einem festen Platz im System. Etwa als Hauptausschuss im Bundestag.

Was verstehen Sie unter Demokratiepoltik?

Fröhlich: Demokratiepoltik setzt den Rahmen jeder gesellschaftspolitischen Aushandlung: Wer darf mitreden? Wo wird verhandelt? Wie wird gestritten? Wann wird entschieden? Der Werkzeugkasten reicht von der Verfassung bis zum Bürger:innenrat, vom Wahlrecht bis zu finanziellen Zuschüssen für zivilgesellschaftliches Engagement.

Das bedeutet konkret?

Wenn wir uns vorstellen, alle Politikfelder bildeten zusammen ein großes Haus und die Sozial-, Umwelt-,



Verteidigungspolitik und so weiter wären je ein Raum, dann wäre die Demokratiepoltik der Grundriss. Sie definiert alle Zugänge zu politischer Aufstellung und Entscheidung. Demokratiepoltik wäre auch die Hausordnung: wehrhaft und wertegeleitet. Dieses Bild zeigt hoffentlich, wie zentral und einflussreich die Demokratiepoltik sein kann – sofern sie aktiv genutzt wird. Wir sollten den Grundriss auf Fairness überprüfen und die Hausordnung anwenden, wenn randaliert wird.

Neyer: Auch in der EU braucht es dringend frischen Wind. Das Europäische Parlament (EP) ist eher so was wie ein beratendes Gremium. Es sollte eigene Themen setzen und Gesetze verabschieden können. Die Vertreter:innen der Mitgliedstaaten im Europäischen Rat wollen das nicht? Na und? Große politische Innovationen werden nicht im Konsens erzielt.

Es braucht also höhere Konfliktbereitschaft.

Neyer: Genau. Warum sagt das EP nicht: Entweder wir bekommen dieses Recht oder wir arbeiten einfach nicht weiter mit euch an der Umsetzung eurer Themen? Die EU braucht auch neue Entscheidungsverfahren, bislang ist sie eine riesige Konsensmaschine. Wenn bei der Europawahl 2024 Parteien an den Rändern massiv zulegen, wird dieser Konsens schwieriger zu finden sein. Die EU will Ungarns Staatschef Viktor Orbán zu mehr Rechtsstaatlichkeit zwingen? Dann wehrt er sich, indem er eben die Hilfen für die Ukraine blockiert. Eine Art von Erpressung.

Gibt es schon eine Idee, um das zu lösen?

Neyer: Ja, die „flexible Integration“: Man könnte für ein Thema innerhalb der EU Pioniergruppen bilden, die vorangehen und dafür eine Art Parallelhaushalt bekommen. Indem sich etwa Skandinavien und Mitteleuropa für eine gemeinsame Migrationspolitik zusammenschließen. Solche Stufenmodelle hatten wir schon mal im Schengen-Prozess bei der Abschaffung der innereuropäischen Grenzen. Sie kommen jetzt zurück.

Eine Studie der Hertie School schlägt vor, auf digitalen Plattformen in Echtzeit mit Bürger:innen über Themen zu diskutieren und abzustimmen. Eine Art permanenter Feedback-Loop.

Neyer: Plattformen sind eine schöne Idee. Das Dumme ist nur: Es machen nur die mit, die sich ohnehin beteiligen, die gebildete Mittelschicht. Sie bekommt damit noch ein weiteres Instrument, um ihre Interessen durchzusetzen.

Bürger:innenräte: Gemeinsam informieren, diskutieren, abstimmen



Fröhlich: Echtzeit-Beteiligung klingt mir nach etwas sehr Schnelllem. Nach meinem Geschmack fehlt Zeit, um Themen zu durchdenken, zu verdauen, einzuordnen. Deshalb sind Bürger:innenräte eine gute Idee. Menschen werden ausgelost und intensiv vorbereitet. Teilnehmende aus allen Schichten kommen zusammen und erleben, dass sie gefragt sind. Das Vertrauen in die Demokratie wächst bei ihnen, das zeigen alle Folgebefragungen. Vor sechs Jahren wusste keiner, was das Wort Bürger:innenrat bedeutet, inzwischen wurden Dutzende durchgeführt. Wir müssten sie allerdings noch offensiver bekannt ma-

chen. Im TV und auf Social Media. Zum Beispiel danach als Serie mit tollen, menschnahen Geschichten, bei denen die Zuschauenden mitfiebern: Oh, der hat das am Anfang noch ganz anders gesehen, warum hat er jetzt seine Meinung geändert?

Neyer: Es gibt viele kleine Initiativen, die gute Impulse setzen. Brand New Bundestag oder Join Politics zum Beispiel, die vor allem junge, diverse Menschen in die Parlamente bringen wollen. Wir Wissenschaftler:innen sollten solche Ansätze mehr aufgreifen und ihre Wirksamkeit erforschen.

Fröhlich: Ich wünsche mir mehr Beteiligung für junge Menschen. Das Wahlrecht mit 16 ist ein Anfang. Aber warum führen wir nicht Jugendbeiräte für alle Ministerien ein? Zudem brauchen wir eine große Bildungsoffensive für alle Altersstufen, müssen besser werden bei der Demokratievermittlung. In Schulen, Betrieben, Nachbarschaften, Kitas. Schon Kleinkinder sollten lernen, die Kita als ihren Ort zu verstehen, über den sie mitbestimmen können. Wie später in der ganzen Gesellschaft. Ordentliche Demokratievermittlung ist der Anti-Trump schlechthin. ●



FOTO Unsplash/Jaime Lopes

RECHTS LIEGEN LASSEN

Text: Miriam Petzold

In Luxemburg
und Südbelgien
bieten die Medien
Extremist:innen
kein Forum.
In Deutschland
schon. Plädoyer
für ein Umdenken

Chassepierre ist ein kleiner Ort in der belgischen Region Wallonien, an der Grenze zu Frankreich. Die Champagne ist nur fünf Minuten entfernt. Man kennt sich – spricht französisch, macht zusammen Sport, geht vielleicht zur gleichen Bäckerei. Auf den ersten Blick trennt die Menschen wenig. Doch: Die Einen stimmen für eine rechtsextreme, die Anderen für eine sozialdemokratische Partei. Warum? Wegen der Medienberichterstattung, sagt die Politologin Léonie de Jonge. Dazu später mehr.

In Deutschland würden inzwischen 21 Prozent der Bürger:innen die AfD wählen, zeigen Umfragen von ZDF und Forsa. Jahrelang lag der Anteil der Menschen, die die Partei inakzeptabel finden, stabil bei 70 bis 75 Prozent. Jetzt: 47 Prozent. Nur um den Ausdruck von Protest geht es längst nicht mehr, heißt es in einigen Studien, etwa in *Radikalisiert und etabliert* der Otto Brenner Stiftung von 2023. Wählende stimmen mit den xenophoben, anti-europäischen Positionen der Partei überein und wollen eine andere politische Ordnung als die repräsentative Demokratie. Laut *ARD-Deutschland-Trend* vom September 2023 sagen 80 Prozent der AfD-Anhänger:innen: Es ist ihnen „egal, dass die AfD in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht“.

Auch innerhalb der Partei wird sich nicht mehr nach rechtsaußen abgegrenzt. Im Gegenteil, die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel hat sich dem Chef der rechtsextremen Thüringer AfD, Björn Höcke, angenähert. Immer weniger Distanz auch in den Medien. Alle Jahre wird der Menschenfeind Höcke vom MDR zum lauschigen Sommerinterview geladen; diesmal



schockte Höcke er mit dem Nazi-Wort „Gleichschaltung“ und forderte die Ausgrenzung von Schulkindern mit Behinderungen. Im Juni 2023 starrt Alice Weidel vom Cover des *Stern*. Auf die Frage „Verteidigen oder kritisieren Sie jetzt die Rechtsextremen in Ihrer Partei?“ antwortet die Fraktionsvorsitzende: „Rechtsextreme? Die habe ich jetzt noch nicht entdecken können bei uns.“ „Ihr Ernst?“, quengeln die Interviewer. Und wagen *im Ernst* die letzte Frage: „Frau Weidel, wollen Sie selbst Kanzlerin werden?“

„Wir müssen ja mit allen reden.“ – Müssen wir?

Während sich das Publikum in True-Crime-Manier aus sicherer Distanz gruselt, empören sich Teile der Medienwelt – kurz zumindest. Wird die Partei durch solche Auftritte aufgewertet, verharmlost und normalisiert? Oder ist es gerade mutig, sich der

Bedrohung zu stellen, statt sie zu stigmatisieren und ignorieren? Kritik wird totgeschlagen mit immer gleichen Argumenten wie „Wir müssen die Vielfalt und politische Chancengleichheit wahren“ (Öffentlich-Rechtliche) und „Wir müssen ja mit allen reden“ (*Stern*). Müssen wir? Nur weil eine Partei demokratisch gewählt ist, heißt das nicht, dass sie demokratische Inhalte vertritt. „Nein, so sollten wir Medien nicht mit der AfD umgehen“, kritisierte etwa die *Spiegel*-Redakteurin Ann-Katrin Müller besagtes *Stern*-Interview. „Sie ist keine normale Partei, sondern eine, die in großen Teilen rechtsextrem ist. Sie will die Demokratie maßgeblich verändern, da haben nicht nur Parteien und Zivilgesellschaft eine Verantwortung, sondern auch wir Medien.“

Social Media mitdenken

Diese Verantwortung schlägt sich nieder in Form und Wirkung. Form, weil Redaktionen frei entscheiden können, mit wem sie ein Gespräch führen und wie sie dieses anschließend für die Öffentlichkeit aufbereiten, und Wirkung, weil Massenmedien in Wechselwirkung stehen mit anderen Kanälen.

Ein Interview, das clever aufgebaut ist und so die menschenfeindlichen Ideologien der Funktionär:innen, die inhaltliche Inkompetenz der Partei oder Lügen (Wissenschaftsfeindlichkeit) entblößt, ist dann nicht mehr viel Wert, wenn keine:r weiß, ob – und vor allem wie – diese Formate AfD-Sympathisant:innen erreichen. Auf Social Media schrumpfen die Diskussionen auf eine Schlagzeile zusammen. Was bei den Menschen hängen bleibt: AfD-Klimaleugner darf mit Klimaforscher diskutieren, wie etwa bei Markus Lanz im Mai 2023, als Steffen Kotré auf Mojib Latif traf. Das ist eine Form von Legitimierung, die nur Massenmedien als traditionelle Schleusenwärter von relevanten Informationen leisten können. Die Sozialpsychologin Pia Lamberty erinnerte Anfang August 2023 im Medienpodcast *Quoted* daran: Menschen lesen oder schauen Beiträge

Menschenwürde vor Meinungsvielfalt

nicht mehr von Anfang bis Ende. „Wir sehen Headlines und Teaser auf Social Media und glauben, informierter zu sein als vorher.“ Und: „Was wir immer wieder hören, glauben wir irgendwann.“ Selbst wenn es faktisch oder moralisch falsch ist. Redaktionen befeuern diesen Mechanismus mit „False Balance“, wenn sie etwa den Konsens von 99 Prozent der Virolog:innen oder Klimaforscher:innen wiederholt der 1-Prozent-Meinung gegenüberstellen oder rechtsextreme Ansichten von Minderheiten zu Wort kommen lassen. Sichtbarkeit normalisiert. Journalist:innen



überschätzen sich maßlos, wenn sie glauben, die „False Balance“ im Gespräch ausbalancieren zu können. Reicht Common Sense nicht, hilft vielleicht ein Blick ins Landesmediengesetz: Rundfunkprogramme haben nicht nur die Meinungsvielfalt, sondern die Würde des Menschen und die demokratische Grundordnung zu achten.

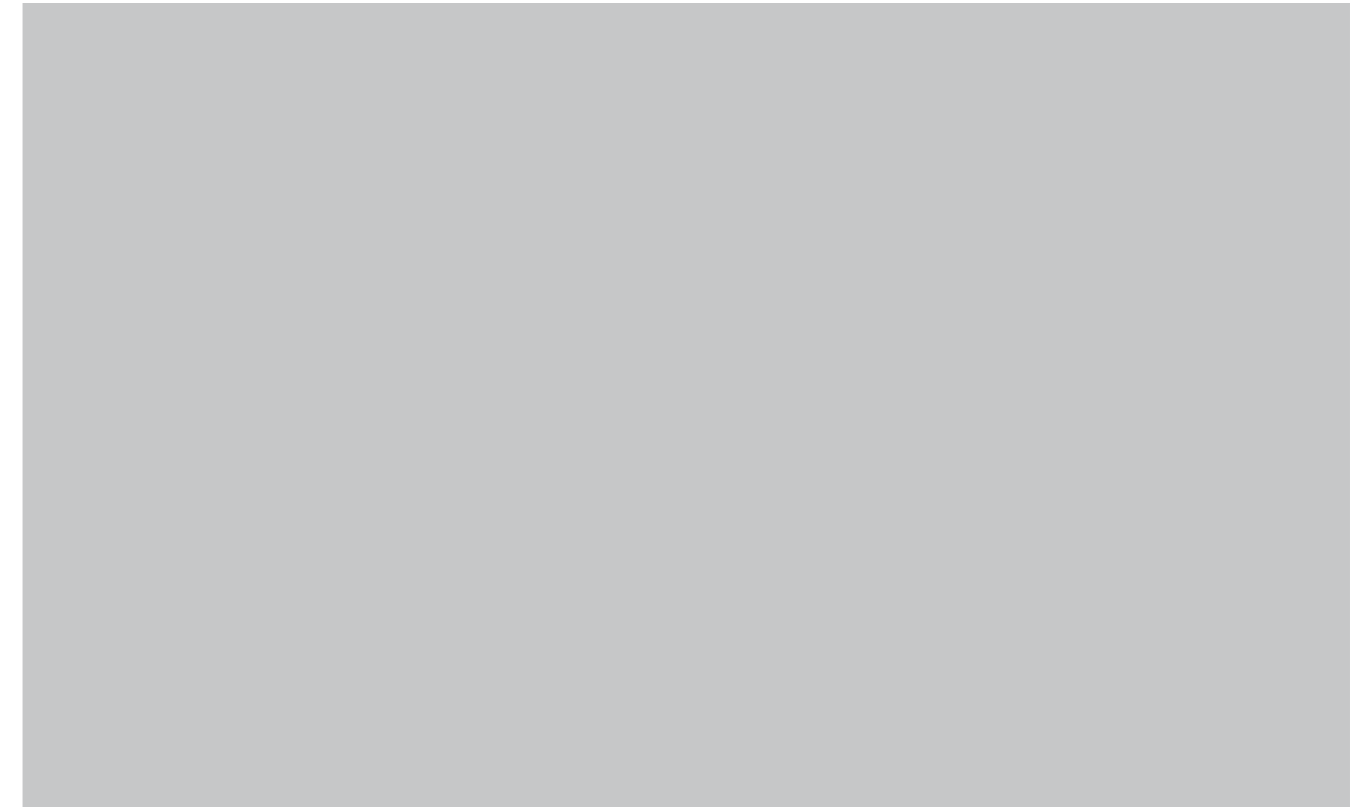
Zu viel Toleranz für Intolerante

Hier tut sich ein Paradoxon auf, das der Philosoph Karl Popper 1945 in seinem Buch *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde* untersuchte: „Uneingeschränkte Toleranz führt mit Notwendigkeit zum Verschwinden der Toleranz. Denn wenn wir die uneingeschränkte Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.“

Zuerst verschiebt sich der Diskurs nach rechts, mit jedem medial übertragenen Tabubruch ein wenig mehr. Dahinter

steckt ein ökonomisches Tauschgeschäft, „Provokation gegen Publizität“, so der Politik- und Kommunikationsberater Johannes Hillje. Populist:innen bekommen Aufmerksamkeit, Medien bekommen Klicks. Schock sells.

Angefangen hat die Diskursverschiebung laut Populismus-Forscherin Paula Diehl 2010 mit Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab*. 2018 trug Alice Weidel seinen Begriff „Kopftuchmädchen“ ins Herz unserer Demokratie, ins Parlament. Und im Oktober 2023 bezog sich CDU-Chef Friedrich Merz im ZDF auf Sarrazin, als es um die Gefahren des politischen Islams ging. Im gleichen Monat zeigte der *Spiegel* einen grimmigen Olaf Scholz auf seinem Cover mit dem Zitat: „Wir müssen endlich in großem Stil abschieben.“ AfD-Rhetorik ist auch in Medienberichten präsent, in denen es nicht um sie geht. Etwa wurden populistische Begriffe wie „Flüchtlingsstrom“, „Überfremdung“ und „Altparteien“ 2015/16 zuerst zitiert, doch irgendwann ohne Anführungszeichen übernommen. Alles beabsichtigt. Der damalige AfD-Parteivorsitzende Alexander Gauland sagte 2018, dass



AfDler:innen „in der Tat versuchen, die Grenzen des Sagbaren auszuweiten“.

Medien können den Rechtsruck verhindern

Ein Blick ins Ausland zeigt: Es geht auch anders. Medienschaffende können sich durchaus als Hüter:innen dieser Grenzen verstehen – und den Rechtsruck damit verhindern. Untersucht hat das die Politikwissenschaftlerin Léonie de Jonge in ihrem 2021 veröffentlichten Buch *The Success and Failure of Right-Wing Populist Parties in the Benelux*

Countries. Dass es Rechtspopulist:innen bislang nicht in die Parlamente Walloniens und Luxemburgs geschafft haben, in Flandern dagegen zweitstärkste und in den Niederlanden stärkste Kraft sind, liegt de Jonge zufolge nicht etwa daran, dass die Menschen dort finanziell abgesicherter, gebildeter oder weniger rassistisch wären. Tatsächlich war die Arbeitslosenrate 2020 in Wallonien doppelt so hoch wie in Flandern; die Einstellungen gegenüber Immigrant:innen unterscheiden sich kaum, so auch das Vertrauen in die Demokratie und politische Institutionen. Der Erfolg radikal rechter Parteien liegt, nach de Jonges Analyse, hauptsächlich daran, wie offen die Gatekeeper einer Demokratie mit ihnen umgehen. Demnach tragen die Medien und etablierten

Parteien in Frankreich eine erhebliche Mitschuld am Aufstieg des Front National und in den Niederlanden an Wilders' PVV.

Zusammen gegen Rechtsaußen

In Wallonien dagegen haben schon in den 1990er-Jahren alle Rundfunkanstalten einen Pakt geschlossen, den „cordon sanitaire médiatique“: Menschen, die rassistischen, demokratiefeindlichen Gruppen nahestehen, bekommen keine Plattform; Einladungen zu Live-Interviews und Talkshows sind tabu. Nach rechtlichen Streitigkeiten urteilte der Belgische Staatsrat 1999: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk habe das Recht, undemokratischen Parteien den Zugang zu verwehren. Auch kommerzielle Sender und die meisten

Printmedien in Wallonien halten die Prinzipien hoch. Das heißt nicht, dass wallonische Journalist:innen nie mit Rechtsextremen reden. Es heißt, dass sie nur dann zitiert werden, wenn die Zitate kontextualisiert werden und antidemokratische Inhalte als solche einordbar sind. Reden von rechtsradikalen Politiker:innen etwa werden nicht direkt übertragen, sondern von Reporter:innen zusammengefasst. In der Luxemburger Presse besteht zwar keine formelle Absprache, wohl aber ein informeller Konsens gegen das Abbilden rassistischer und übertrieben nationalistischer Stimmen.

Radikal demokratisch

Léonie de Jonge lehrt Europäische Politik und Gesellschaft an der Universität Groningen. Für ihre Studie hat sie 150 Medienmacher:innen interviewt. Ein wallonischer Rundfunkmitarbeiter sagte ihr: „Wir Journalist:innen sind die Watchdogs der Demokratie. Unser Job ist es, zu bellen und – wenn nötig – zu beißen“, ein anderer: „Das Land muss lebenswert bleiben. Das bedeutet, dass wir Radikales auch mal links oder rechts liegen lassen müssen.“

Zu unsachlich, zu aktivistisch oder einfach radikal demokratisch? In Deutschland ist es für eine Kursänderung noch nicht zu spät – für einen „cordon sanitaire médiatique“ allerdings schon. Dieser wirkt nur, bevor sich eine starke rechte Bewegung ins politische System gefressen hat. Das ist der AfD in ihren Anfängen als Ein-Thema-Partei gegen den Euro-Rettungsschirm gelungen. Was bei der Bundestagswahl 2013 noch wie ein staubiger Professoren-Club wirkte und 4,7 Prozent der Stimmen bekam, rückte ab 2015 immer weiter nach rechts. Gerade wurde der zweite AfD-Landesverband, die AfD Sachsen-



Anhalt, vom Verfassungsschutz als „erwiesenen rechtsextremistisch“ eingestuft. Und jetzt?

„Wir sind die Watchdogs der Demokratie“

Die Stoßrichtung der Berichterstattung muss sich ändern. Erstens: Mehr inhaltliche Schärfe. Was bedeuten die Vorhaben der AfD konkret für den Alltag ihrer Wähler:innen? Denn diese wären die Hauptleidtragenden des Parteiprogramms, wie zuletzt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom August 2023 zeigte. Obwohl die AfD eine äußerst neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgt – etwa Bürgergeld und Mindestlohn kürzen will –, wählen sie überdurchschnittlich viele Arbeiter:innen und Arbeitslose.

Zweitens: Mehr rote Linien und wallonische Weitsicht. Antidemokrat:innen haben kein Recht auf Sendezeit. Da tut sich was. 2022 tauchten AfDler:innen nur zweimal in fünf verschiedenen Talkshows auf, zeigt eine Erhebung des Branchendienstes Meedia. 2018/19 dagegen nahm Alexander Gauland selbst dann noch im ZDF-Sommerinterview und verschiedenen Talkrunden Platz, nachdem er „Hitler und die Nazis“ als „Vogelschiss“ in der Geschichte Deutschlands bezeichnet hatte. Nur eine Redaktion, *hart aber fair*, erteilte ihm Hausverbot. Die Begründung: „Wer die Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert, kann kein Gast bei uns sein.“

Am Ende besteht eine Demokratie eben nicht nur aus politischen Vertreter:innen und Meinungen, sondern aus Werten und Menschenrechten, auf die wir uns als Gesellschaft geeinigt haben. Das, sagten viele US-Journalist:innen nach Donald Trumps Wahlsieg, hätten sie viel zu spät realisiert. ●

EINFACH MACHEN

MACH EINFACH

Das Wichtigste an der Demokratie sind?
Na klar, die Demokrat:innen. Menschen,
die konstruktiven Streit wagen, auf
die Straße gehen, Online-Foren nutzen.
Wie du was bewirken kannst

Seit dem Massaker der Hamas und dem Krieg in Gaza ist ein Dialog zwischen jüdischen Israelis und Palästinenser:innen schwieriger als je zuvor. Doch es gibt sie, die Initiativen, die an einem Miteinander festhalten: Sie gehen in Schulen, greifen zu Instrumenten, kochen oder trauern gemeinsam. Wie machen sie das, in diesen Zeiten?



Im Pierre-Boulez-Saal finden regelmäßig Konzerte statt
Regula Rapp ist seit 2022 Rektorin der Akademie

Verständigung durch Musik

Gleichberechtigte Stimmen in der Barenboim-Said Akademie, Berlin
Text: Emilia Stemmler

Mit Schwung zieht die junge Frau die schwere Eisentür auf, steuert auf die Rezeptionistin zu und wird wärmstens begrüßt. Ihre Braids fallen wie ein Vorhang um ihr Gesicht, als sie sich vorbeugt und das Anmeldeformular mit eilig geschriebenen Buchstaben füllt. Sie ist eine von über 80 Studierenden der Barenboim-Said Akademie, die ihren Sitz in Berlin direkt zwischen ihren Förderern – dem Auswärtigen Amt und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien – hat.

Dass das Wintersemester überhaupt stattfindet, ist aufgrund der Ereignisse der zurückliegenden Wochen nicht selbstverständlich. „Wir erleben die größte Bewährungsprobe seit unserer Gründung“, erklärt die Rektorin Regula Rapp. „Wir haben sowohl israelische als auch palästinensische Studierende, die direkt betroffen sind und um ihre Familien und Freunde bangen. Am Anfang waren sie so unter Schock, dass wir ihnen freigestellt haben, ob sie am Studium teilnehmen.“ In der Zwischenzeit habe sich

gezeigt, dass die Studierenden dankbar sind für die Ablenkung, die ein geregelter Semesterbetrieb bietet.

Seit 2016 bildet die Akademie junge Talente hauptsächlich aus dem Nahen Osten und Nordafrika aus – und Nachwuchs für das West-Eastern Divan Orchestra, das der argentinisch-israelische Dirigent Daniel Barenboim und der palästinensische Literaturwissenschaftler Edward Saïd 1999 gründeten. Die Idee: „Gute Musik entsteht, wenn alle aufeinander hören“, so beschreibt es die Rektorin. Die Parallele zur Gesellschaft liegt auf der Hand: Auch die funktioniert nur, wenn man im Gespräch ist und alle Stimmen gleichberechtigt sind.

Diesem Anspruch gerecht zu werden, war nie einfach. „Schon vor dem 7. Oktober war unsere Arbeit schwierig. Seitdem hat sich vieles verändert, vielleicht sogar alles“, sagt Regula Rapp. Auch hier, wo das Miteinander-Sprechen im Alltag erprobt war, geriet dieses erst mal ins Stocken. Seither sei die Institution merklich zusammengerückt: Die Kolleg:innen fragen die Student:innen, wie es ihnen und ihren Familien geht – in den Pausen; vor und nach dem Unterricht; wenn vor dem Haus Zigaretten angezündet werden. Auch die Tür des lichtdurchfluteten Büros von Regula Rapp steht weit offen.

FOTOS Barenboim-Said Akademie / Peter Adamik

Die Akademie kümmert sich auch um therapeutische Unterstützung. Bei einer Vollversammlung sprachen sich die Studierenden außerdem dafür aus, im Akademie-Alltag noch mehr Faktenwissen zu vermitteln. Die jungen Musiker:innen eint der Wunsch nach Austausch, sie wüssten gern mehr über die Geschichte des Konflikts. Das Kollegium möchte dem nachkommen und zugleich sicherstellen, dass sie weiterhin in einem geschützten Raum gemeinsam musizieren können. „Darin liegt eine große Kraft, die die Menschen verbindet“, sagt Regula Rapp.

Im Gespräch mit Jugendlichen

Joanna Hassoun und Shai Hoffmann gehen in Schulen
Protokoll: Antonia Strotmann

„Wir sind nicht nur von der aussichtslosen Situation in Israel und Palästina frustriert, sondern auch von der Debatte in Deutschland. Wir brauchen Empathie und Solidarität. Aber Deutschland diskutiert über Abschiebungen und importierten Antisemitismus und hetzt so jüdische und

muslimische Menschen gegeneinander auf. Wir hören so viel antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus – das ist menschenverachtend.

Deshalb bieten wir seit Ende Oktober Trialoge in deutschen Bildungs- und Jugendeinrichtungen an. Wir, die Deutsch-Palästinenserin Jouanna und Shai, deutsch-jüdisch mit israelischen Wurzeln, gehen mit Jugendlichen ins Gespräch. Zwei Stunden lang bieten wir ihnen einen Raum, in dem sie über kontroverse, hochemotionale und herausfordernde Themen sprechen können, ohne Konsequenzen zu befürchten. Respekt und Mitgefühl füreinander erwarten wir natürlich.


In jeder Session erklären wir erst einmal, was uns mit Israel und Palästina verbindet. Nach und nach öffnen sich dann die meisten Teilnehmenden. Sie erzählen von ihrer Panik, ihrem Schmerz, ihrer Trauer oder Wut. Die Gespräche sind häufig sehr emotional aufgeladen. Wir weinen viel zusammen.


Manchmal sind auch Jugendliche dabei, die von dem russischen Angriff auf die Ukraine betroffen sind oder deren Väter im Bosnienkrieg waren. Sie alle erleben aktuell eine Retraumatisierung. Manche Jugendliche sagen, sie seien




Menschen & Ideen
GOOD IMPACT



 Joanna Hassoun,
Deutsch-Palästinenserin

 Shai Hoffmann, deutsch-jüdisch
mit israelischen Wurzeln

Robi Damelin, geboren in
Südafrika, zog 1967 nach Israel 

noch nie nach ihren Gefühlen gefragt worden, und wie gut es tue, darüber zu sprechen. Unser Eindruck ist: Jugendliche sehnen sich geradezu danach, über all die Krisen zu reden, die nun schon seit Jahren über sie hinwegrollen – die Klimakatastrophe, der Ukrainekrieg, die Energiekrise, die Inflation.

Natürlich sind die Dialoge auch für uns sehr aufwühlend. Von jeder Begegnung müssen wir uns erholen. Trotzdem wachsen auch wir daran und hoffen, dass uns das in anderen Lebenslagen bereichert. Finanziell unterstützt wird unsere Arbeit erst einmal nur bis Jahresende. Dabei sind wir die ersten Monate 2024 schon ausgebucht, und haben noch 200 Anfragen in unserem Postfach. Von Aufwandsentschädigungen können wir nicht leben. Und wir leisten Arbeit, die die Politik finanzieren sollte.

Falls hoffentlich irgendwann vor Ort Frieden herrscht, werden die rassistischen und antisemitischen Diskurse in Deutschland weitergehen. Dann sind wir zwei immer noch da und kehren die Scherben zusammen. Wie wir es auch schon vor dem 7. Oktober gemacht haben.“

„Trialog – Israel & Palästina“ ist ein Projekt von Gesellschaft im Wandel und Transaidencye. V.
Kontakt: israelpalastinavideos.org/trialoge

Von der Trauer zur Friedensarbeit

Robi Damelin engagiert sich in einem israelisch-palästinensischen Elternkreis
Protokoll: Charlotte Köhler

„Als die Armee 2002 bei mir klingelte, um mir mitzuteilen, mein Sohn David sei von einem palästinensischen Hecken-schützen ermordet worden, sagte ich zu ihnen: ‚Niemand darf im Namen meines Sohnes töten.‘ So etwas wie Rache gibt es nicht – sie würde mir mein Kind nicht zurückbringen. Schließlich war es ein Palästinenser, der meinen Sohn getötet hat, nicht das palästinensische Volk. Ich beschloss, all meine Energie in Versöhnung zu stecken.

Auch nach dem 7. Oktober rate ich allen, die nicht in den Dialog gehen und zu einer friedlichen Lösung beitragen wollen, sich herauszuhalten. Der Krieg wird erst enden, wenn beide Seiten Zeit zum Trauern haben. Dafür braucht es eine anhaltende Waffenruhe. Vergebung bedeutet, sein Recht auf Rache aufzugeben. Wir müssen einander nicht lieben, nur respektieren, um aus dem Gefängnis der Unmenschlichkeit auszubrechen. Dass Politiker:innen wie Zivilist:innen weltweit sich auf die eine oder andere Seite

FOTOS: Transaidency, Achim Pohl, IMAGO / ZUMA Wire

schlagen, mag sich gut für sie anfühlen. Es ist aber falsch. Drei Monate nach der Ermordung meines Sohnes trat ich dem israelisch-palästinensischen Elternkreis Parents Circle Families Forum bei, kurz PCFF. Dort habe ich mich aufgehoben gefühlt; nur eine trauernde Mutter kann diesen Schmerz wirklich verstehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie Palästinenserin oder Israelin ist, unser Schmerz ist der gleiche. Wenn man das erkannt hat, öffnet sich die außergewöhnliche Möglichkeit, einen Dialog zu beginnen.

In unserer Initiative ist jede Position zweifach besetzt, von israelischer wie palästinensischer Seite. Egal ob Vorsitzende, Sprecher:innen oder Buchhalter:innen: Wo immer wir gleichberechtigt sein können, sind wir es. Mittlerweile sind wir fast 700 Mitglieder, alle haben eine:n nahe:n Verwandte:n durch den Krieg verloren. In wöchentlichen Sitzungen trauern wir gemeinsam, versuchen, ein Katalysator für Menschen zu sein, die von Hass und Wut erfüllt sind, damit sie verstehen, dass es auch anders geht, sie sich für den Frieden entscheiden können.

Bis September waren wir die einzige palästinensisch-israelische Organisation, die in Schulen über Frieden sprechen durfte. Doch die israelische Regierung verbannte uns aus den Klassenzimmern. Vielen Schulleiter:innen war das egal. Sie luden uns trotzdem ein. Wir führten unsere

Dialogtreffen draußen auf der Straße durch; dort, wo vor dem Krieg die Demonstrationen stattfanden. Nun hat sich das Leben über Nacht verändert. Keine:r von uns weiß, wie es weitergeht. Aufgeben aber ist für mich keine Option. Nach all den Jahren, die ich investiert habe, weiß ich, tief in meinem Herzen, dass ich auf dem richtigen Weg bin. Ich mag zwar alt sein. Aber ich höre nicht auf.“

„Parents Circle Families Forum“, Jaffa/Tel Aviv.
Kontakt: theparentscircle.org/en/

Palästinensisch-israelischer Hummus

Jalil Dabit und Oz Ben David betreiben zusammen ein Restaurant
Text: Emilia Stemmler


Der Ansturm zur Mittagspause ist abgeklungen, die Pfannen in der Küche kühlen langsam ab, die gepolsterten Stühle vor den türkisen Wänden sind wieder leer. Auf der Markise über dem Eingang des Restaurants Kanaan im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg steht: „Modern Palestinian & Israeli Kitchen“. Seit 2015 führen es der israelische



Menschen & Ideen
GOOD IMPACT

Wirtschaft neu denken

Deine Stadt, dein Klimaprojekt

 *Jalil Dabit, palästinensischer
Gastronom*
 *Oz Ben David, jüdischer
Unternehmer*



www.alanus.edu/dual-wirtschaft-studieren

In den Studiengängen der Alanus Hochschule wird über den Tellerrand des konventionellen BWL-Studiums hinausgeblickt. Verbinde Nachhaltigkeit, Kreativität und Persönlichkeitsentwicklung in interaktiven Kleingruppen mit betriebswirtschaftlichen Themen:

- Bachelor of Arts:
 - >> Nachhaltiges Wirtschaften
 - >> BWL – Wirtschaft neu denken
 - >> Wirtschaft, Gesellschaft, Innovation
 - >> Wirtschaft und Philosophie

- Master of Arts:
 - >> BWL – Wirtschaft nachhaltig gestalten

Jetzt über wirtschaft@alanus.edu zum Hospitieren anmelden und deinen neuen Studiengang kennenlernen!“



<https://localzero.net/mitmachen>

Mit LocalZero bringst du den Klimaschutz in deiner Stadt ins Rollen. Wir bieten Hilfe zur Selbsthilfe für klimaengagierte Menschen, die sich in ihren Städten in Teams organisieren. Unser Netzwerk macht uns stark.

Unser Ziel: Treibhausgase runter, Lebensqualität hoch! Deutschlandweit sind schon 90 Teams aktiv. Wir unterstützen sie dabei – mit einem fundierten Fahrplan, den nötigen Werkzeugen und der Erfahrung von über tausend Aktiven.

Das Beste, was wir gegen die Klimakrise tun können? Aufhören, allein zu sein!

Machst du mit?



Unternehmer Oz Ben David und der palästinensische Gastronom Jalil Dabit gemeinsam.

Entstanden ist die Zusammenarbeit fast aus einer Zwangslage heraus. Als sie sich wegen einer ganz anderen Anfrage mit einer deutschen Firma trafen, hätte diese weder ausschließlich mit einem israelischen noch mit einem palästinensischen Unternehmer arbeiten wollen. Also fragten sie: Was wäre, wenn wir beide Geschäftspartner werden? So entstand die Idee eines Restaurants, in dem sie gemeinsam Auberginenrouladen, Matawaame, Shakshuka-Lasagne und natürlich Hummus servieren.

Nach dem 7. Oktober blieb das Restaurant einige Tage geschlossen. Er konnte nicht arbeiten, erzählt Oz Ben David; zu groß waren Wut und Trauer über das Massaker der Hamas. Er fragte sich, wie es weitergehen solle. Doch als immer mehr jüdische Lokale aus Angst vor antisemitischen Angriffen schlossen, machte er wieder auf. Sein palästinensischer Geschäftspartner Jalil Dabit habe ihm Mut zugesprochen: „Auch wenn etwas Schlimmes passieren kann, müssen wir weitermachen und hoffen, dass alles gut wird.“

Den israelisch-palästinensischen Konflikt anzusprechen, war für die beiden schon vor dem 7. Oktober ein langer

Prozess. Oz wuchs in einem rechtsgerichteten Haushalt auf, war vor seinem Leben in Berlin Siedler: „Ich habe keine Friedensaktivisten-Biografie.“ Erst einmal verband die beiden das Geschäft. Und die Küche, in der sogar der Hummus, der auf die Holztische im Restaurant gestellt wird – und über dessen Zusammensetzung sie lange stritten –, eine Fusion aus beiden Geschmäckern ist. „Mit der Zeit haben wir verstanden, dass die Art, wie wir arbeiten, der einzige Weg zum Frieden ist“, sagt der israelische Unternehmer. „Es geht nicht darum, etwas aufzugeben. Sondern das Beste aus dem zu machen, was uns beiden wichtig ist. Und einen sicheren Ort zu schaffen, in dem alle ihre Sichtweisen einbringen können.“

Ein solcher Ort soll Kanaan auch für die Mitarbeiter:innen sein: Oz und Jalil beschäftigen Geflüchtete und LGBTQIA+-Personen aus Syrien, Rumänien, Pakistan, Indien. Gesprochen wird ein Mix aus Deutsch, Arabisch, Hebräisch und Englisch. „Kanaan-Sprache“ nennen sie das. Meinungsverschiedenheiten würden offen adressiert. Oz sagt: „Menschen müssen frei sein, um Verständnis füreinander entwickeln zu können. Sie dürfen nicht im Überlebensmodus sein. Wir bringen Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen zusammen – und bieten ihnen gute Arbeitsbedingungen und eine Perspektive.“ ●

Nicht gewählt, adelig, alt. Das House of Lords gehört abgeschafft, sagen viele im Vereinigten Königreich. Wie lässt sich so eine Institution demokratischer machen? Ein Besuch

Ein Einhorn und ein Löwe aus Holz wachen über die weinroten Ledersitze des House of Lords. Seine Mitglieder müssen draußen warten: Niemand darf den riesigen Saal im Palast von Westminster betreten, bevor der Sprecher des britischen Oberhauses nicht erschienen ist. Diener mit faustgroßen Silberbrotschen auf der Brust weisen die paar Dutzend Männer und Frauen, die sich heute zur Sitzung eingefunden haben, an ihre Plätze, als eine feierliche Stimme durch die dreißig Meter hohen Räume hallt: „Ladies and gentlemen, the Lord Speaker!“ Herolde mit Zeptern und Degen betreten den Raum, dahinter Lord John McFall, weißes Haar, ein ernstes Gesicht, in eine schwarze Robe und ein Halstuch aus weißer Seide gekleidet. Während er vorbeirauscht, senken alle Anwesenden ihren Blick und deuten eine Verbeugung an. Erst dann dürfen sie das House of Lords betreten.

Kann eine Demokratie sich faszinierender, anachronistischer geben, als die britische konstitutionelle Monarchie, in der seit über 500 Jahren dieselben Bräuche praktiziert werden? In der es neben der gewählten Kammer, dem House of Commons, eine zweite gibt, deren Mitglieder von der Krone auf Lebenszeit ernannt werden? Das House of Lords ist dadurch mit fast 800 Mitgliedern größer als der Deutsche Bundestag. Nur der chinesische Volkskongress hat mehr Sitze.

Aber was genau macht dieses riesige Haus der Adligen?

Am besten kann das sicherlich der Lord Speaker selbst beantworten. Er empfängt zu einer halbstündigen Audienz in seinem Büro mit Blick auf die Themse. Die Wände sind mit einer Tapete aus bronzefarbenem Brokat verkleidet, goldene Ornamente glitzern am pechschwarzen Kamin. McFall lässt sich in einem roten Sessel nieder. Obwohl er fast achtzig Jahre alt ist, leuchtet sein Gesicht voller Tatendrang, wenn er mit rollendem schottischen Akzent über sein Reich spricht.

Stars aus Adel, Sport und Wirtschaft

„Wir sind gewissermaßen die Großeltern des House of Commons. Wir bieten ihnen Rat und Lebenserfahrung. Aber wir zwingen sie zu nichts.“ Stolz zählt er auf, welche Stars unter den Lords zu finden sind: Mervyn King, der frühere Gouverneur der Bank of England. Baronin Brown of Cambridge, eine renommierte Ingenieurin und Expertin für Dekarboni-

sierungs-Technologie. Eine ehemalige Parathletin. Fachfrauen und -Männer für Biodiversität, Sport, Medizin. McFall: „Wir haben Experten aus allen Disziplinen. Wenn das House of Commons ein Gesetz vorbringt, sehen sie sich dieses Gesetz an, beraten darüber und machen gründlich recherchierte Vorschläge zur Verbesserung.“

Ein wichtiges Korrektiv

„Das House of Lords ist ein Revisionshaus“, sagt auch Jack Pannell, Politikwissenschaftler vom unabhängigen britischen Think Tank Institute for Government. „Es kann die Verabschiedung eines Gesetzes verschieben, Änderungen vorschlagen. Die Regierung ist verpflichtet, dem House of Lords Fragen zu ihren Entscheidungen zu beantworten. Die Lords stellen ein wichtiges Korrektiv dar. Die wenigsten Brit:innen wissen jedoch, was das Haus eigentlich macht.“

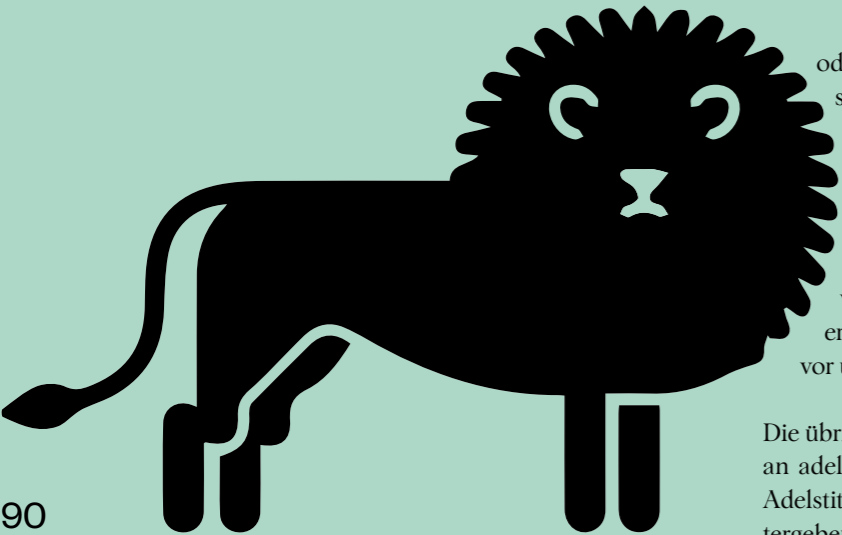
Es ist 14 Uhr in Westminster. Die Lords und Ladies – man nennt sie auch Peers – strömen auf ihre Sitze unter, über, neben den Statuen des Einhorns und des Löwen. Die Tagung der Kammer beginnt. Wer sprechen will, muss schnell sein: Bei jedem Punkt auf der Tagesordnung schnellen die Peers von ihren Sitzen hoch und brüllen: „My Lords! My Lords!“ Der Schnellste und Lauteste gewinnt. Abwechselnd befragen sie Vertreter:innen der Regierung. Wie will das Kabinett die Gefahren von Künstlicher Intelligenz präventiv bekämpfen? Warum wird Theaterunterricht von immer mehr Stundenplänen gestrichen, obwohl kulturelle Bildung so wichtig ist? Eine Baronin möchte wissen, warum in manchen Schulen nicht mehr von Mädchen, sondern von Menstruierenden gesprochen wird.

„Manchmal ringen wir nächtelang darum, ob wir ein Gesetz akzeptieren oder nicht“, sagt Lord Robert Winston, ein jüdischer, wortgewandter Mann, der aufgrund seiner Expertise als Arzt und Wissenschaftler zum Peer ernannt wurde. Meist äußert er sich im Haus zu Umweltschutz und Medizin, möchte aber seine Position auch nutzen, um für die Wahrung des Völkerrechts in Gaza einzutreten. Lord Winston weiß, dass sich das Haus meist dem Willen der Commons beugen muss. Aber er ist auch stolz auf die Kämpfe, die das Oberhaus gewonnen hat. Zum Beispiel 2006 nach den islamistischen Terroranschlägen in London, als Tony Blair den Terrorism



Es tagen
ein
Einhorn
und
ein
Löwe

Text: Morgane Llanque



Act einführen wollte, der es unter anderem erlauben sollte, Terrorverdächtige ohne Anklage 90 Tage lang einsperren zu dürfen. Labour- und Tory-nahe Peers rebellierten gemeinsam gegen das Gesetz. Lord Winston: „Wir haben das Privileg, im Namen unseres Gewissens sprechen zu können und nicht für eine Partei, weil uns ja niemand herauschmeißen kann.“

Diese Unantastbarkeit sei Segen und Fluch der Lords, sagt John Pannell. „Die Brit:innen sehen die teilweise gute Arbeit der Lords nicht, aber sie sehen das grundlegende Problem sehr genau: nämlich, dass sie dieses Haus nicht gewählt haben und dass sie es nicht abwählen können.“

Am 13. November 2023 bringt ein politischer Skandal das House of Lords in die Schlagzeilen. Der ehemalige Premierminister David Cameron wird von Richi Sunak zum Außenminister ernannt. Im Vereinigten Königreich gibt es eine ungeschriebene Regel, dass nur Minister:in werden kann, wer einer der beiden Kammern des Parlaments angehört. So wurde Cameron, der kein Mitglied der Commons ist, mal eben zum Lord ernannt. Als Lord hat Cameron aber keine demokratische Legitimation durch das gewählte Unterhaus. Daher werden meist keine wichtigen Ministerien an Lords vergeben.

Dabei ist Camerons Ernennung nicht einmal der Haupt-Skandal. Viele Lords werden vom Premierminister ins Haus geholt

oder von der House of Lords Appointments Commission (HOLAC). Die anglikanischen Bischöfe Großbritanniens haben das Recht auf Mitgliedschaft. 92 Peers sind außerdem sogenannte Hereditary Peers: Wie einst alle Mitglieder des House of Lords sitzen sie hier, weil sie in bestimmte adelige Familien hineingeboren wurden. Als Tony Blair in den 1990ern versuchte, die Kammer zu reformieren, wollte er alle erblichen Sitze abschaffen. Die verbliebenen 92 von zuvor über 600 waren ein hart umkämpfter Kompromiss.

Die übrigen Lords und Ladies sind meistens nicht von Geburt an adelig. Bei der Ernennung zum Peer erhalten sie einen Adelstitel, aber dürfen ihn nicht an ihre Nachkommen weitergeben. Obwohl das Haus nur sehr eingeschränkte Macht hat, gehen mit dem Rang eines Lords Status und zahlreiche Privilegien einher. Er bringt das Recht auf 323 Pfund pro Sitzung, an der ein Lord teilnimmt, manch einer kassiert sehr viel von diesem Geld, ohne dort je das Wort zu ergreifen.

Brit:innen zunehmend skeptisch

Immer mehr Brit:innen fragen sich: Wie kann all das Platz in einer modernen Demokratie haben? Mitte Oktober verschaffte sich ein Mann Zugang zu einer Bühne, auf der Labourchef Keir Starmer eine Rede hielt, und bewarf ihn mit Glitzer. „Wir verlangen ein Haus des Volkes“, schrie er, bis Sicherheitsbeamte ihn von Starmer wegzerren, der nach Prognosen ziemlich sicher der nächste Premierminister sein wird.

Der Hintergrund: 2022 hatte die Labour-Partei verkündet, beim nächsten Wahlsieg das House of Lords durch eine gewählte „Assembly of Regions and Nations“ ersetzen zu wollen, eine Institution ähnlich dem Deutschen Bundesrat. Nun rudert Keir Starmer, auch auf Druck des Lord Speaker, zurück. Falls er gewählt wird, will er die Reform zunächst nicht angehen. Zu groß das Risiko, dass der Streit über die Reformierung der Lords das House of Commons politisch lähmt.

Der Glitzer-Angriff kam von einem Mitglied der Organisation People Demand Democracy. Zentrale Forderung: Ersetzt



das House of Lords durch ein House of Citizens. Einen solchen Bürger:innenrat fordert auch die auf zivile Teilhabe spezialisierte Sortition Foundation. Sie hat auch die deutsche Bundesregierung bei der Implementierung von Bügerräten beraten, mit denen seit 2019 in Deutschland in unterschiedlichen Formen experimentiert wird.

Der Direktor der Stiftung, James Robertson, ist überzeugt: „Egal mit wem man spricht, so ziemlich alle hassen das House of Lords. Manche von ihnen wohnen in Schlössern, während es sich manche von uns nicht mal leisten können, die Heizung anzuschalten.“ Die Stiftung beauftragte YouGov mit einer Umfrage, in der Brit:innen nach ihrer Meinung zur Zukunft des House of Lords befragt wurden. Demnach wollen 23 Prozent das Haus durch ein House of Citizens ersetzen. 18 Prozent möchten das Haus durch eine gewählte zweite Kammer ersetzen, 13 Prozent die Kammer ersatzlos abschaffen, 21 Prozent gaben an, dass sie nicht wussten, was mit dem House of Lords geschehen solle.

Ein House of Citizens?

Robertson ist sich sicher: Ein Bürger:innenrat würde die britische Demokratie nicht nur besser und gerechter machen, sondern vor allem ihren Ruf retten. „In unserem Land ist das Vertrauen in die Politik völlig zerbrochen. Es gab so viel Korruption, Vetternwirtschaft, Lügen. Das Letzte, was die Leute in einer zweiten Kammer wollen, sind noch mehr Politiker:innen, die aus derselben Elite kommen. Ein Bürger:innenrat könnte das ändern.“

Dabei würde der Rat letztlich genau dasselbe tun wie das House of Lords. Beraten, zurechtweisen, kontrollieren. Nur eben aus egalitärer Perspektive. Aber ist das House of Lords wirklich so volksfern wie sein Ruf?

Betrachtet man zum Beispiel den Lord Speaker, John McFall, so wurde er nicht in einem Schloss geboren, sondern in einer schottischen Kleinstadt. Sein Vater war Hausmeister, seine Mutter Inhaberin eines Kiosks. Mit 15 brach er die Schule ab, arbeitete in einer Fabrik, holte abends seinen Schulabschluss

nach und studierte. Er begann sich für Politik zu interessieren und machte Karriere als Labour-Abgeordneter im House of Commons. Nach seinem Ausscheiden aus dem Unterhaus wurde er zum Lord ernannt und schließlich zum Lord Speaker gewählt.

Obwohl er in dieser Rolle politisch neutral bleiben muss, hat McFall sich öffentlich für Reformen stark gemacht. Er kritisiert, dass immer mehr Peers (wie er selbst) aus den Reihen ehemaliger Unterhaus-Mitglieder rekrutiert werden, im Gegenzug aber nur zwei neue partei-unabhängige Peers pro Jahr ernannt werden dürfen. „Das House of Lords soll das Haus of Commons ergänzen, das geht nicht, wenn nur Menschen aus der Politik dort sitzen“, sagt McFall. Wird eine neue Person von der HOLAC-Wahlkommission für das House of Lords nominiert, wird sie einer genauen Prüfung unterzogen. Was kann sie beitragen? Welche Expertise bringt sie mit? Kommt man auf Vorschlag des Premierministers in die Kammer, ist HOLAC oft machtlos. Trotz des Widerstands aus dem Haus machte etwa Ex-Premier Boris Johnson ohne Scham seinen Bruder oder großzügige Spender seiner Partei zu Lords.

Sowohl Lord McFall als auch Lord Winston wünschen sich eine schriftliche gesetzliche Basis für ein besser kontrolliertes Verfahren, damit sich auch Premierminister:innen nicht einfach gegen den Willen der Lords durchsetzen können. Doch die großen Reformpläne, die sowohl Torys



als auch Labour schon vorgebracht haben, sehen die Lords mit Skepsis. Schließlich schafft sich niemand gerne selbst ab.

„Ich bin mir sicher, die nächste Regierung wird die kleineren Schritte angehen, zum Beispiel die erblichen Sitze. Aber was würde es für unsere Demokratie bedeuten, wenn sie das ganze Haus abschaffen würden?“, sagt McFall. Eine zweite gewählte Kammer könnte etwa „zu einem politischen Stillstand“ führen, weil sich die Kammern ständig gegenseitig bekämpfen und blockieren, statt sich auf das Erlassen guter Gesetze zu konzentrieren, so wie man es oft bei Senat und Kongress in den USA sieht. Genau wie Robertson von der Sortition Foundation glaubt er, dass eine zweite Kammer aus Berufspolitiker:innen das Letzte ist, was die Menschen im Vereinigten Königreich wollen. Er ist offen für eine Bürger:innenbeteiligung in Form von Komitees, die in beiden Kammern beratend mitwirken. Eine Citizens' Assembly lehnt er ab.

Und die von Labour vorgeschlagene Assembly of Regions and Nations? Auch das wäre in einem nicht föderalen Staat wie dem Vereinigten Königreich nach Einschätzung von Jack Pannell vom Institute for Government nur schwer umzusetzen. Zum Beispiel, weil Schottland ein lokales Parlament hat, England jedoch nicht. „Im Vereinigten Königreich leben knapp 67 Millionen Menschen, 56 Millionen davon in England. Es wäre sehr schwierig, eine solche Institution gerecht aufzubauen.“

Auf drei Punkte könnte sich die politische Klasse nach Einschätzung des Politologen wohl einigen: härtere Regeln für die Ernennung zum Lord, die erblichen Peers abschaffen und die Zahl der Lords verringern. „Aber dafür müsste vor allem der Premierminister sein Privileg der Narrenfreiheit bei der Ernennung der Peers abgeben.“ Genau wie Robertson und McFall sieht Pannell ein plebiszitäres Element als Chance. „Das Haus bleibt Symbol der Elite. Bei einer Reform könnte die Regierung ein beratendes Gremium in Form eines Bürger:innenrates schaffen. Das würde dem Haus zu einer wesentlich höheren Legitimation verhelfen.“

Es ist 16 Uhr in Westminster. Angestellte schieben Garderobenständer mit den blutroten Festtags-Roben der Lords durch die Gänge. Das Haus bereitet sich auf seinen wichtigsten Tag des Jahres vor: die Rede des Königs, die den Beginn des parlamentarischen Jahres einleitet. Lord Speaker John McFall muss weiter zum nächsten Termin. Auch Lord Robert Winston verabschiedet sich. „Sehen Sie“, sagt er, während er die steinerne Treppe von Westminster Hall hinabschreitet, „wir sind ein Haus der Traditionen. Solange das Vereinigte Königreich eine Monarchie ist, symbolisieren wir die Verbindung von Krone und Parlament. Das heißt nicht, dass wir nicht nach vorne blicken können, in die Zukunft.“ Am Abend sind der Löwe und das Einhorn wieder allein in der Kammer. ●

FOTO IMAGO / iimages GRAHIK Creative Commons

FOTO privat. QUELLE: The Movers of Tomorrow? Engagement-Studie von Allianz-Stiftung/Sinus-Institut für Markt- und Sozialforschung, 2023, repräsentative Umfrage unter 10.000 Menschen zwischen 18 und 39 Jahren in Deutschland, Griechenland, Großbritannien, Italien und Polen

Adam Trunečka, 24, Referent im tschechischen Parlament

Politik? Find ich gut!



„EU, Green Deal, LGBTQ-Rechte – darüber spreche ich viel in sozialen Netzwerken. Ich will, dass Menschen die Chancen Europas sehen – und kritisch mitdiskutieren. Gerade habe ich die Registrierung für eine Simulation online gestellt, in der Schüler:innen in die Rollen von EU-Staaten schlüpfen und Ideen für eine europäische Verfassung entwickeln können.“

Mit neunzehn habe ich bei meiner ersten Kampagne mitgemacht. Es ging um die Beteiligung junger Bürger:innen an der Europawahl 2019. Viele Menschen in Tschechien sehen die EU skeptisch. Dem Vorläuferstaat Tschechoslowakei ist die Souveränität oft genommen worden, erst durch Nazideutschland, dann durch die Sowjetunion. Es blieb die Sorge, dass wieder jemand über uns bestimmen könnte – wie die EU. Deshalb habe ich mich gefragt: Ist diese Skepsis gerechtfertigt? Wie funktioniert dieser Staatenverbund eigentlich? Mein Aktivismus hat mich direkt in die Politik geführt. Ein Abgeordneter im tschechischen Parlament hat mich gefragt, ob ich für ihn arbeiten will. Heute bin ich neben dem Studium Referent für Martin Dvořák, Minister für Europäische Angelegenheiten.

In unserer liberalen „Partei der Bürgermeister und Unabhängigen“ (STAN) werden besonders junge Menschen ermutigt, sich einzubringen. Ich bin Vorsitzender der Gruppe für EU-Integration und Außenpolitik. Über die EU-Erweiterung habe ich meine Bachelorarbeit geschrieben, jetzt arbeite ich im Kabinett des Ministers mit. Da sitze ich in Meetings mit Abgeordneten und werde ernst genommen wie alle anderen auch. Manchmal zweifle ich aufgrund meines Alters noch an meinem Fachwissen, aber ich habe offenbar genug, um nicht gefeuert zu werden. Als junger Mensch in einer Partei gleichberechtigt mitwirken zu können, ist toll. Die Politiker:innen in Tschechien sind meist sehr alt. Das ist nicht unbedingt schlecht, aber Politik sollte repräsentativ sein. Es fehlt sonst einfach die Perspektive von Jüngeren. Bei der nächsten Europawahl kandidiere ich vielleicht selbst.“

Protokoll: Emilia Stemmler

Ausge- zählt



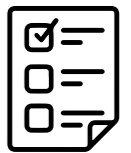
59 %

der Europäer:innen zwischen 18 und 39 glauben, dass die soziale Ungleichheit in den nächsten zehn Jahren zunimmt



50 %

sind bereit, sich für eine gerechtere, grüne Zukunft zu engagieren



68 %

derjenigen, die sich um die globale Erwärmung sorgen, sind bereits aktiv geworden, zum Beispiel mit Spenden oder durch das Unterzeichnen von Online-Petitionen

Jüngere bereit zum Engagement in Europa